

# VOLKS-TRIBÜNE.

Social-Politisches Wochenblatt.



Die „Berliner Volks-Tribüne“ erscheint jeden Sonnabend früh. — Abonnements-Preis für Berlin monatlich 50 Pfg. pränumerando (frei ins Haus). — Einzelne Nummer 15 Pfg. Durch jede Post-Anstalt des Deutschen Reiches zu beziehen. (Preis vierteljährlich 1 M. 50 Pfg.; eingetragen unter Nr. 893 der Zeitungspreisliste für das Jahr 1890.)

Redaktion und Expedition:  
K. O. (26). Oranien-Strasse 23.

Inserate werden die 4 spaltige Petit-Zelle oder deren Raum mit 20 Pfg. berechnet. — Vereins-Anzeigen: 15 Pfg. Arbeitsmarkt: 10 Pfg. — Inseraten-Aannahme in der Expedition: Oranien-Strasse 23.

Ausgabe für Expediente:  
„Volksblatt“ Deuth-Strasse 3.

Nr. 19.

Sonnabend, den 10. Mai 1890.

IV. Jahrgang.

**Der 1. Mai in Oesterreich. — Die Mai-feier in Deutschland. — Militärausgaben und Reichsschulden. — Der Arbeiterschutz-Gesetzesentwurf der Regierung.**

**Alte Banknoten von Miljukow. — Die Demoralisation der englischen Bourgeoisie. — Sozialistische Spaziergänge. — Praktischer Vorschlag? — Landlords und Pächter in Irland. — Die Abrechnung der Tischler-Zentralkasse.**

## Berliner Arbeiterbibliothek.

Herausgegeben von Max Schippel-Berlin.

Soeben erschien:

**II. Serie, Heft 1: Der Rhythmus vor der Gründung des deutschen Reiches.** Eine historische Skizze von Hans Müller-Rostock. 40 Seiten. Preis 15 Pf.

Binnen kurzem wird erscheinen Heft 2: Zur Geschichte und Charakteristik der antisemitischen Bewegung in Deutschland. — Heft 3: Die Agitation für Bodenverstaatlichung in Deutschland.

Wir sagen den deutschen Arbeitern für die bisherige rege Unterstützung besten Dank und bitten, immer neue Freunde für die Arbeiterbibliothek zu werben, damit wir immer Besseres und Reichhaltigeres bieten können.

Die erste Serie (Heft 1-12) kann jetzt auch gebunden für M. 2,50 bei unseren Kolporturen, sowie in unserer Expedition und bei allen Filialen bezogen werden. Direkte Einzelbestellungen nach auswärts inkl. Porto M. 2,70.

Einbanddecken durch Kolporture und Expedition 30 Pf., direkte Einzelbestellung nach auswärts inkl. Porto 40 Pf.

Recht zahlreichen Bestellungen entgegensehend

Der Verlag der „Berliner Volks-Tribüne“.

## Der 1. Mai in Oesterreich.

In Oesterreich hatte man bekanntlich an der Parole des Ruhetages festgehalten. Daß diese Art der Feier glänzend gelungen ist, gesteht auch die „Kreuzztg.“ zu: „Wenn der österreichische Sozialdemokrat in Zukunft mit Befriedigung, ja Stolz auf den 1. Mai 1890 hinweisen wird, so hat die bürgerliche Gesellschaft um so weniger Ursache, diesen Tag als einen Ehrentag in ihrem Kalender zu notiren. Er zeigte nur allzu sehr ihre Zerfahrenheit und Schwäche, ihre Nuthlosigkeit und ihr geringes Selbstvertrauen. . . . Denn in Wien war fast nicht eine einzige Werkstätte in der Großindustrie und im Kleingewerbe an diesem Tage im Betriebe, und die Unternehmer machten nicht einmal einen Versuch, diesen ihnen aufoktroirten Feiertag durch festes Zusammenhalten zu hintertreiben. Und ebenso war es fast in allen anderen Provinzstädten und Industriezentren. Wenn für die Sozialdemokratie in Deutschland der 1. Mai das nicht gehalten hat, was man von ihm erwartet, so ist dies zum nicht geringen Theil das Verdienst der Bürgerschaft, und ihrem Pflichtgefühl gegenüber der bestehenden Staats- und Gesellschafts-Ordnung, sowie ihrem berechtigten Selbstbewußtsein zu danken. Die Maßnahmen der österreichischen Regierung, sowie der staatlichen und autonomen Behörden für den 1. Mai selbst waren ebenso klug wie energisch, dabei ohne jede unnütze Provokation, so daß darüber nur eine Stimme des Lobes und der Anerkennung laut wird. So sehr aber für diesen Tag selbst Einsicht und Entschiedenheit von maßgebender staatlicher Seite betätigt wurde, so wenig geschah vordem, um die Unternehmer zu einer festen Stellungnahme gegenüber der Arbeiterschaft zu ermutigen; und so tragen beide Theile in gleicher Weise die Schuld, wenn die sozialdemokratische Organisation aus dem 1. Mai einen mächtigen Gewinn zieht, und wenn das Machtbewußtsein des vierten Standes in wahrhaft gefährdender Weise gesteigert wurde. . . . So ist der Eindruck, den der 1. Mai her-

vorgebracht hat, ein überaus ernster und betrübender trotz aller Ruhe und Ordnung, mit der die Arbeiter-Demonstration sich innerhalb der schwarzgelben Grenzpfähle vollzogen hat.“

Im österreichischen Hutmacher-Fachblatt lesen wir: Die Begeisterung für die Kundgebung am 1. Mai, welche die gesammten Kollegen Wiens beherrscht, imponirte auch unseren Arbeitgebern, sodaß sie uns in keiner Weise an der Manifestation hinderten. Sämmtliche Hutfabrikanten und Meister gaben ihren Arbeitern, geleitet durch Initiative der Schöffenschaftsvorstellung den Demonstrationstag frei, da sie eben erfahren, daß wir uns nicht hindern lassen. Der erste Maitag wurde auch von Seite unserer Kollegen, sowie von der gesammten Arbeiterschaft ernst und froh begangen, und kein Anlaß zu irgend welcher Störung geboten.

Das österreichische Buchdruckerorgan, der „Vorwärts“ unseres Genossen Kralik, ist voller Begeisterung über das „herrliche“ Fest: „Es war ein herrlicher, wunderherrlicher Tag! Er wird jedem, der ihn mitmachte, unvergänglich sein. Was wir geträumt, ihn zum ersten Mai einer neuen Aera zu machen, ist voll, über Erwarten gelungen. Die Arbeiter Wiens haben gestern die Feuerprobe ihrer eisernen Disziplin, ihres Klassenbewußtseins bestanden: die Buchdrucker Wiens sind dabei in den vordersten Reihen gestanden. . . . Die Polizeiorgane wurden überflüssig. Ordnung, die wirkliche Ordnung, war den Händen der Arbeiter vollständig anvertraut. Und diese verfahren ihr Amt mit Ernst und Eifer und alles fügte sich ihren Anordnungen. Der 1. Mai 1890, er ist ein Ehrentag der Arbeiter Wiens. Und nun zu uns Buchdruckern! Es hat noch keine solche Versammlung unter uns gegeben wie die gestrige (früh morgens stattfindende). Die ältesten unserer Kollegen können sich nicht erinnern, in einem Lokale weit über 3000 Personen, Seher und Drucker, Sieher und Korrektoren, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen beisammen gesehen zu haben, Mit jubelnden Zurufen erfaßten sie alle die Begründung unserer Forderung des Achtstundentages. — Der Magistrat verbot uns unsere Versammlung . . . mittels Karten riefen wir eine so imposante Versammlung ein, wie noch keine da war. Ein hochweiser Magistrat hatte ferner den Beschluß der Versammlung vom 2. Februar, am 1. Mai zu feiern, inhibirt; er verlangte vom Obmannstellvertreter, die Gehilfen darauf in geeigneter Weise aufmerksam zu machen, daß sie mit dem Ruhenlassen der Arbeit an dem ominiösen Tag einen ungesetzlichen Schritt begingen. Der Obmannstellvertreter gab diesen Schritt bekannt in der Versammlung der feiernden Kollegen! Welche Ohnmacht uns gegenüber! Und welcher Ueberfluß an Fürsorge! Aber gestern haben nicht nur wir, gestern haben alle Arbeiter Wiens bewiesen, daß sie alles selbst besorgen können, und daß nicht schlecht fährt, wer auf ihren Rath hört. Wir wiederholen: Der gestrige Tag war erhebend, großartig. Er giebt uns Muth und Kraft zu neuen Kämpfen. . . . All unsere Arbeit ist glänzend belohnt. Die Buchdrucker sind wieder daran, mit allen andern Proletariern gemeinsam zu marschiren. . . . Ein Glücklicher, der den herrlichen 1. Mai des Jahres 1890 mifeierte; er wird ihm nicht aus dem Gedächtniß entschwinden, auch wenn der Ruf, der gestern aus Millionen Proletariherzen sich emporrang, zur Wahrheit geworden: Es lebe der gesetzliche achtstündige Arbeitstag!“

## Was die Mai-Feier in Deutschland anbetrifft,

so ist sie weit hinter der in Oesterreich zurückgeblieben und im Großen und Ganzen hat sich alles erfüllt, was die „Neue Tischlerzeitung“ — das Organ einer der mächtigsten Gewerkschaften Deutschlands — bereits vor der Monatswende schrieb:

„Das Eine steht unbestreitbar fest: diese Kundgebung, diese erstmalige Erste-Mai-Feier wird nicht so aus-

fallen, ihr Erfolg nicht derartig sein, wie es alle Klassen- und zielbewußten Arbeiter gewünscht und wie es wohl dem geistigen Auge Aller vorgezeichnet haben mag, als es im vorigen Jahre bekannt wurde, daß der Pariser internationale Arbeiterkongreß diese Kundgebung beschlossen hatte. Und wie es den Anschein hat, wird es gerade Deutschland sein, wo diese Kundgebung verhältnißmäßig am unbedeutendsten ausfällt, also in demselben Lande, dessen Arbeiterschaft von den Arbeitern der ganzen Welt in dem großen proletarischen Befreiungskampfe unbestritten und neidlos die Führerrolle zuerkannt wird.

„Wie ist das möglich?

„Die Ursachen dürften mannigfache sein.

„Zunächst ist das „Demonstriren“ seither der deutschen Arbeiterbewegung ein ziemlich fremdes Element gewesen, oder doch nur wenig kultivirt worden, und zwar einmal, weil man seither bei uns glaubte, da wir das allgemeine Wahlrecht besitzen, demonstrative Kundgebungen nicht nöthig zu haben, und andererseits in Deutschland die preß-, vereins- und versammlungs-gesetzlichen Bestimmungen derartig sind, resp. derartig gehandhabt werden, daß dem Arbeiter die zu gewissen Demonstrationen nöthige Bewegungsfreiheit fehlt. Es ist daher nur zu natürlich, daß ein wesentlicher Theil der deutschen Arbeiterschaft der demonstrativen Kundgebung des 1. Mai mit einer gewissen Antipathie gegenübersteht. Und dieser Antipathie, in Verbindung mit unseren mißlichen gesellschaftlichen Zuständen, ist wohl schließlich auch die Hauptursache entwachsen, daß die Mai-Demonstration so unbefriedigend ausfallen wird, wie es den Anschein hat: nämlich die mangelnde Einheitlichkeit des Demonstrirens.

„Wir wollen hier nicht nochmals weiter darauf eingehen, wen die Schuld dieses bisherigen Mangelns eines einheitlichen Vorgehens trifft, insbesondere auch nicht untersuchen, ob es richtig war, die Pariser Kongreßbeschlüsse Mißdeutungen auszuweisen, indem man unterließ, sie mit den nöthigen Kommentaren zu versehen, wo ihre Fassung eine solche Auffassung seitens der breiten Masse der Arbeiter zuließ. Auch kann hier unerörtert bleiben, ob nicht, als von maßgebender Seite in zwölfster Stunde endlich System und Einheitlichkeit in die Sache zu bringen gesucht wurde, man dieser damit nicht mehr schadete als nützte, indem vielfach die Arbeiter in Ermangelung eines bestimmten Programms und leitender Fingerspitze schon nach eigenem Ermessen Bestimmungen getroffen, wie sie dem Beschlusse des Pariser Kongresses bezüglich des 1. Mai gerecht werden wollten und nun zum Theil vor der Alternative standen, entweder durch Widerruf gefaßter Beschlüsse einzustehen, daß man übereilt und koplos gehandelt hatte, oder sich Mangel an Disziplin müssen nachsagen zu lassen. Auch ist Thatsache, daß das Unternehmertum erst als es merkte, daß die deutschen Arbeiter sich darüber selber nicht völlig einig, wie sie am 1. Mai demonstriren wollten, in dieser jetzt zu Tage getretenen schroffen Weise Stellung gegen das geplante Feiern am 1. Mai nahm.

„Die Arbeitgeber-Koalitionen, welche jetzt aus Veranlassung der Maifeier entstanden sind, würden nicht zu Stande gekommen sein, weil sie wirkungslos bleiben mußten, wenn sich das Kapital einer einzigen Arbeiterschaft gegenüber gesehen hätte. Und gelingt es diesen Koalitionen, die Arbeiter, welche zu feiern beschlossen, zur Zurücknahme ihrer Beschlüsse zu bewegen, dann werden die Herren Arbeitgeber auch bald die Kraft ihrer Vereinigung in anderer Beziehung dem Arbeiter gegenüber versuchen, denn mit demselben Recht, nämlich mit dem Recht der stärkeren Macht, mit welchem sie dem Arbeiter verweigern wollen, daß er an einem bestimmten Tage die Arbeit darf ruhen lassen, kann diesem auch verboten werden, einem bestimmten Verein anzugehören, eine Zeitung zu lesen u. s. w.

„Wir wollen hoffen, daß diese Erste-Mai-Feier keine solchen Folgen hat und für künftige ähnliche Fälle durch

ein geschlossenes Vorgehen der gesamten Klassenbewußten Arbeiterschaft ihnen vorgebeugt wird.“

Wir wollen das auch hoffen!

Ueber die Art der Feier in den einzelnen deutschen Städten und Ortschaften werden unsere Leser bereits unterrichtet sein, sodas wir uns damit begnügen, diejenigen Pressstimmen zusammenzustellen, welche den Eindruck der Feier am charakteristischsten wieder spiegeln.

Die Börse hat den „glücklich“ verlaufenen 1. Mai mit einer „Erholung“ der Course nach dem „Druck“ im Anfang der Woche begrüßt. Der Börsenrichter der „Nationalztg.“ stimmt darob folgendes Triumphlied an: Das große Ereignis der Berichtswochen bildete der fast ungestörte Verlauf des 1. Mai, dem vielfach mit großer Besorgnis entgegen gesehen wurde. Die Wahrnehmung, das die Arbeiterwelt in einseitiger, überstürzter, ja oft brutaler Weise die Lösung der Frage nach dem richtigen Lohnverhältnis in die Hand nimmt, das man den Boden der realen Verhältnisse dabei verläßt und unbestimmten Zielen zusteuert, konnte das Kapital und den Unternehmungsgeist nur mit Besorgnis erfüllen und mußte eine lähmende Wirkung ausüben. Noch mehr beeinträchtigte die Stimmung die Wahrnehmung, das sich an den ehrlichen Arbeiter, der eine Besserung seiner Lage mit ehrlichen Mitteln erstrebt, die Rote von Nichtsthuern und Aufrührern heftet, die nur in der Verwirrung und Zerstörung ihr Heil suchen. Die Verbindung der Arbeiter mit sozialistischen Elementen konnte nur dazu dienen, abzuschrecken von dem schwierigen Werk, die richtige Lohnformel zu finden (!!) und die gestörte Harmonie zwischen Kapital und Arbeit wieder herzustellen (!!). Dieser Vermutung, die sich in Unternehmungskreisen in berechtigter Weise geltend machte, gab man sich hin, ohne sich zu erinnern, das keine kulturhistorische Bewegung frei von Schladen und Auswüchsen sich zu halten vermag. Der Verlauf des 1. Mai hat gezeigt, das das Gros der Arbeiter den Boden des Rechtes und der Thatsachen zu verlassen nicht gewillt ist, das der deutsche Geist der Mäßigung und Besonnenheit nicht vergiftet worden. Diese Empfindung überkam die Börse, als man den Verlauf der Dinge am 1. Mai gewahrte und führte zu einem vollständigen Stimmungswechsel.

Die „Kreuzztg.“ preist das „völlige Zustandwerden“ des „Weltfeiertages“ als ein Ergebnis der — kaiserlichen Erlasse: Diejenigen, welche die Politik der kaiserlichen Erlasse von vornherein als den rechten Ausweg bezeichneten, der sich in den sozialen Wirrnissen der Gegenwart noch bietet, haben Recht behalten, weit über das Maß dessen hinaus, was erwartet werden durfte. Von praktischen Ergebnissen der neuen Sozialpolitik kann ja noch keine Rede sein; allein die Arbeiter fühlen schon heute, das an höchster Stelle ein Herz für sie schlägt, und nur wenige wird es geben, die dafür ganz unempfänglich sind. Es ist keine bloße Annahme, wir wissen es genau (?), das die leitenden Geister der Sozialdemokratie gerade diese Wirkung der Erlasse von Anfang an gefürchtet haben, die sich in ihrer Vorstellung allerdings aus bloßer Schwäche und Weichmütigkeit erklärt, mit der sie aber darum nicht weniger zu rechnen genöthigt sind. Es ist die alte Geschichte von dem Mantel, den sich der Wanderer um so fester um die Schulter zieht, je rauher Wind und Regen toben, von dem er sich aber bald befreit, wenn ihn die Sonne mit wärmendem Strahle umschmeichelt. Das Sozialistengesetz mit seinen harten Zügen drängte jede freundliche Empfindung in der Brust zurück; die Liebe, die aus den Erlassen spricht, läßt dem Gemüth sein Recht. Wer aber der Ansicht sein sollte, das die Gesellschaft der Gegenwart ohne Zuhilfenahme dieses Faktors eine andere werden könne, als sie ist, der wird seinen Irrthum bald gewahren. Unsere ganze bisherige Sozialpolitik hat unter dem Einflusse der Vorstellung gestanden — trotz der kaiserlichen Voischaft vom 17. November 1881, — das das Verstandesmäßige, wie es in den Versicherungs-Gesetzen zum Ausdruck kommt, genüge. Erst mit dem 4. Februar d. J. sind wir zu der alten großen Wahrheit zurückgekehrt, welche die Liebe in den Mittelpunkt aller Dinge stellt, die Fürsorge, die aus der innersten Seele kommt, nicht aus kalter Berechnung des Kapitalisten, der sich sagt, das er seine Arbeiter eben so gut „im Stande halten“ müsse, als er seine Maschinen „im Stande“ hält. Diesen Standpunkt würden wir preisgeben, wenn das Mißglücken des sozialdemokratischen Maßfeldzuges uns etwa auf den Gedanken brächte, das es nun wieder „gut“ sei, das die „bürgerliche Gesellschaft“, nachdem sie eine so glänzende Probe ihrer Festigkeit abgelegt, das Recht habe, auf ihren Lorbeern auszuruhen und den „vierten Stand“ in dem Hexenkessel ohnmächtiger Anstrengungen schmoren zu lassen. Aus manchen Organen des Kapitalismus glauben wir derartiges herauszuhören, wenn es auch nirgend mit dünnen Worten gesagt wird. Aber die überschwänglichen Lobeshuldigungen, die die Bourgeoisie jetzt sich selber zollt, nachdem sie Wochen lang gezittert, sind, so weit wir sehen, kaum irgendwo von der Mahnung begleitet, nun erst recht alles zu thun, um den Ansprüchen nachzukommen, die der Arbeiter als gleichberechtigter Bürger erheben darf. Wir sagen: nun erst recht — weil es einen ganz anderen Eindruck macht, wenn wir es im Augenblick des Erfolges gewahren, als wenn wir es in dem der Niederlage thun. Wie das große Herz, das den deutschen Dingen gebietet, zu dieser weltbewegenden Frage steht, darüber sind wir nicht im Zweifel. Die soziale Erbweisheit der Hohenzollern, die sich seit

halb einem halben Jahrtausend bethätigt, wird den bedeutsamen Moment nicht ungenüßt lassen. Sie wird nicht klein sein mit den Kleinen, die sie freilich in Fülle um sich sieht, sondern sie wird groß sein mit den Großen, deren Schatten segnend sie umschweben.

Ähnlich legt sich der Stöcker'sche „Reichsbote“ die Sache zurecht: Nach allem zu schließen, ist der 1. Mai, wie wir vorausgesagt haben, am ungestörtesten und ruhigsten gerade in Deutschland verlaufen, trotzdem bei uns die Sozialdemokratie die weiteste Verbreitung hat. Die Sozialpolitik des Kaisers, die feste Staatsgewalt, die gesunde öffentliche Meinung, der vernünftige Sinn der Arbeiter und die Entschlossenheit der Arbeitgeber haben zusammengewirkt, um das Walpurgisgespenst unschädlich zu machen.

In der „Volkszeitung“, die von jeher den Feiertag auf das Festigste bekämpfte, lesen wir: Wenn der erste Mai nicht das geworden ist, was er nach dem Verreiben unehrlicher Demagogen werden sollte, so ist diese Wirkung doch nur der Besonnenheit und Umsicht der großen Mehrzahl der Arbeiter zu danken. . . . Die Stellung der Arbeiter, welche gefeiert und damit der Bewegung einen empfindlichen Stoß versetzt haben, dürfte im Kreise ihrer Kameraden augenblicklich etwas ungemüthlich sein; werden sie gemäßigelt, so ist ihnen wieder die ganze Sympathie ihrer Genossen sicher; die Nacht nach dem ersten Mai hindert so wenig eine Wiederkehr eines Arbeiterfeiertages, das sie vielmehr der erste Schritt ist, denselben ernsthaft vorzubereiten. Sie macht die Angeklagten zu Anklägern. Sie legt den gemäßigeltten Arbeitern, die jetzt unter einem beschämenden Eindruck vor ihren Kameraden stehen, geradezu gewaltig die Argumentation in den Mund: „Hättet Ihr Alle mitgefeiert, so wäre eine Maßregelung den Feinden unmöglich gewesen. Nicht wir haben die Arbeitersache geschädigt, sondern Ihr habt es gethan.“ Genug, der weiße Schrecken rechtfertigt nachträglich den rothen.

Die „Volksztg.“ schrieb am Abend des 1. Mai: Im Ganzen und Großen hat die Berliner Arbeiterschaft, Dank ihrem so oft bewährten gefunden Sinne, den Arbeiterfeiertag abgelehnt. Schade nur, das sie sich den gänzlich überflüssigen Luxus gestattet hat, einige Wochen mit diesem Gedanken zu spielen! Spielerisch wie derselbe an und für sich war, eignete er sich eben deshalb nicht für die ernsten Verathungen ernster Männer, und so gern wir heute auch zugeben, das es sehr entschuldbar und verzeihlich war, wenn sich eine Art unklarer Begeisterung für den Arbeiterfeiertag in der Arbeiterwelt entzündete, so fürchten wir doch, das sie sich dadurch einen Schaden zugefügt hat, den sie auf lange hinaus nicht verwinden wird. Man braucht nur das Jubelgeschrei zu lesen, welches Bourgeoisblätter vom Schlage der „Nationalzeitung“ heute Abend schon anstimmen. Da wird triumphirt, das die „Arbeitgeber“ sich heute als die entscheidende Macht auf dem industriellen Gebiete erwiesen haben; da wird gejauchzt, das der moralisch-politische Eindruck des sozialdemokratischen Wahlerfolges vom 20. Februar vernichtet sei u. s. w. Das es so kommen würde, haben wir vorausgesehen und vorausgesagt. . . . Wir hoffen, das die Arbeiter die immerhin ernste Lehre beherzigen und künftighin ihr Ohr denjenigen „Führern“ verschließen werden, deren unehrlichen Hezereien sie diese Schlappe in erster Reihe verdanken.

An anderer Stelle spricht dasselbe Blatt von den „Saturnalien der „führenden“ Blätter über das Scheitern des Arbeiterfeiertages!“ Diese bösen, schielenden Blicke, diese grotesken Hochsprünge, diese feierlichen Gelbduisse, nun aber auch wahr und wahrhaftig alle „Sozialreform“ als den reinsten Humbug zu taxiren — es ist das Bacchanal der Sklaven, welche schon die Peitsche auf ihren Rücken zu spüren meinten und nun mit Entzücken sehen oder doch zu sehen glauben, das ihr Eintagsfliegendasein zunächst ungestört bleiben wird. Und die Lügen, mit denen diese Schneiderseelen sich durchaus zu furchtbaren Felden der Ordnung auszustaffiren suchen! Das die sozialdemokratische Fraktion, vielleicht nicht früh und vielleicht auch nicht scharf genug, aber doch immerhin entschieden vor dem Arbeiterfeiertag gewarnt hat, das insoweit das Scheitern dieser unzeitigen Kundgebung ein rühmliches Zeugnis für die Besonnenheit und Selbstzucht der Arbeiterwelt ablegt, das wird vertuscht oder in sein Gegenteil umgelogen. Diese oder jene verlaufenen Demagogen, welche die unter den Arbeitern herrschende, durchaus begreifliche Unzufriedenheit auszunutzen versucht haben, aber damit alles in allem gründlich abgefallen sind, wachsen zur Fraktion, die Fraktion wächst zur Partei, die Partei zur Arbeiterklasse, alles in echt salstaffischer Uebertreibung — und dieselben Däumlinge, denen am 1. Mai kein Mausloch eng genug war, um hineinzu kriechen, schwingen heute den Säbel des Sanktberbergs über die Verbrecher, welche an einen geschlichen Schutz der Arbeiter gegen die schrankenlose Ausbeutung des Kapitals zu denken wagen. . . . Diesen Leuten ist nicht mehr zu rathen und zu helfen; nichts vermag sie vor dem Untergange zu retten, dem sie nach dem Laufe der geschichtlichen Entwicklung geweiht sind.

Wieder an anderer Stelle behauert die „Volksztg.“, das die Verödung des „Berliner Volksblattes“, das der erste Mai einen „internationalen Weltfeiertag“ geschaffen“ habe und das „von nun an alljährlich die Proletarier aller Vänder ihr Maifest abhalten würden, doch auch nicht gerade mit dem — bisher auch vom „Berliner

Volksblatte“ vertretenen — Aufrufe der sozialdemokratischen Fraktion übereinstimmt.“ Bekanntlich vertritt auch der „Sozialdemokrat“, der Leipziger „Wähler“ u. s. w. die regelmäßige Feier des 1. Mai.

Die „Nationalztg.“, das Organ der Nationalliberalen und nach ihr die „Deutsche Arbeiterztg.“ urtheilt: Der Versuch, die Arbeit an diesem Tage zum Stillstand zu bringen, ist so vollständig, wie es kaum gehofft wurde, gescheitert. Abgesehen von Oesterreich-Ungarn, wo die Arbeitgeber sich frühzeitig einschüchtern und daher mehrfach zur Freigabe des 1. Mai bewegen ließen, wird das Feiern die geringfügige Ausnahme bilden. . . . Vergeblich wird versucht werden, die Niederlage durch die Berufung darauf zu bemänteln, das der Pariser Kongress gar nicht die Arbeitsunterbrechung, sondern nur irgend welche Kundgebungen — Versammlungen, Petitionen u. — zu Gunsten des achtstündigen Arbeitstages vorgeschrieben habe. Die sozialdemokratischen Führer haben Monate lang die Agitation für die Arbeitsunterbrechung gewahren lassen, offenbar in der Absicht, diese zu billigen, sobald sie sich als durchführbar erwiesen hätte. Und als endlich in Deutschland die Abmahnung der sozialdemokratischen Fraktion erschien, war sie das Ergebnis der späten Einsicht, das die Vergewaltigung der Produktion undurchführbar sein werde; in diesem Geiste hatte Herr Liebknecht sie authentisch erläutert durch seine nach Frankreich gerichtete Erklärung: wo man die „Bourgeois“ zur Arbeitsunterbrechung zwingen könne, da solle man es thun. Man hat es aber fast nirgends gekonnt. Dieser Fehlschlag wird überall eine wesentliche Abschwächung des Eindruckes bewirken, welchen der sozialdemokratische Wahlsieg vom 20. Februar hervorgebracht. Die bürgerliche Gesellschaft ist ihrer Stärke sich wieder bewußt geworden. Dieses Stärlbewußtsein soll und wird nicht mißbraucht werden; aber wichtig ist, das es sich wieder eingestellt hat.

Herr Eugen Richter spricht von einer „großen internationalen Niederlage der sozialistischen Partei“: Man braucht nur den bombastischen Leitartikel zu lesen, welchen das leitende Blatt der Sozialdemokraten, das sozialistische „Berliner Volksblatt“, noch unmittelbar vor dem 1. Mai erscheinen ließ, um sich zu vergegenwärtigen, wie groß die am 1. Mai erlittene Schlappe gewesen ist. . . . Auch was von Kundgebungen in Versammlungen zu Gunsten der gesetzlichen Einführung eines achtstündigen Arbeitstages verlaudet, vermag nicht sonderlich zu imponiren. . . . Was bleibt daher thatsächlich von der ganzen Feier des 1. Mai übrig? Verdruß und Verstimmung und eine gewisse Spannung in solchen Werkstätten, in denen die Arbeitseinstellung in Frage kam, empfindliche Nachteile für die Arbeiter, die in Folge der willkürlichen Arbeitseinstellung Lohn und Brot verloren haben. Hoffentlich wird die Niederlage, welche die Sozialistenpartei erlitten hat, einigermaßen den Uebermuth dämpfen, welchen sie nach dem 20. Februar mehrfach zur Schau getragen. . . . Die Beschränkung der Arbeitseinstellung auf vereinzelte Gruppen hat nur dargethan, wie schwach es um den Einfluß und die Einigkeit der sozialistischen Abgeordneten bestellt ist in allem, was über die Abgabe eines verdeckten Stimmzettels bei der Wahl hinausgeht. Wir haben immer die Meinung vertreten, das ein großer Theil derjenigen, welche am 20. Februar sozialistisch wählten, nichts weniger als sozialistische Pläne verfolgt. Der 1. Mai hat dies aller Welt kundgethan.

Die „Köln. Ztg.“ äußert sich weniger zufrieden: Wenn auch der mit so großem Lärm angekündigte Plan gescheitert ist, so ist unseres Erachtens doch **der zu Grund liegende Gedanke selbst noch nicht aus der Welt geschafft.** Er wird sicherlich über kurz oder lang wieder in die Massen geworfen werden und wird wie jetzt zu Verbitterung und Unzufriedenheit Anlaß genug geben. Mit diesem Erfolg werden die sozialdemokratischen Urheber des Gedankens auch vorerst ganz zufrieden sein. Sie wollten, das an einem Tage in der ganzen Kulturwelt die Räder des industriellen und gewerblichen Getriebes stillstehen, und zwar stillstehen, nicht weil die Arbeitgeber es wollen oder weil äußere Gewalten dazu zwingen, sondern lediglich deshalb, weil es den Arbeitern so gefällt, (welche Annahme seitens der Arbeiter, einmal dasselbe zu wollen, wie die „Arbeitgeber“), mit andern Worten, sie wollten der Welt beweisen, das die Arbeit der handarbeitenden Klassen im wirtschaftlichen Leben der allein maßgebende Produktionsfaktor sei. Das ist ein alter sozialdemokratischer Lehrsatz und seiner Verherrlichung galt im innersten Grunde der Gedanke des allgemeinen Arbeiterfeiertages. Grade deshalb aber wird der Gedanke zu gelegener Zeit wieder hervorgeholt werden. Das gegenwärtig die Leiter der Sozialdemokratie zu diesem Gedanken noch eine verschiedene Stellung einnehmen, erklärt sich sehr einfach. Die einen halten den Zeitpunkt noch nicht für gelegen; das sind die ruhigeren und besonnenen Elemente. Die andern aber waren berauscht von den großen Erfolgen der vorjährigen umfassenden Arbeiterbewegung; der Machtstolz, der Uebermuth, der in ihnen durch den Gang der Ereignisse im letzten Jahre geweckt war, verleitete sie zu einer Ueberschätzung ihres Einflusses auf die Massen der Arbeiter. In dem eigentlichen Sinne der geplanten großen Kundgebungen liegt eine ernste Mahnung. Ist der Arbeiterfeiertag auch für dieses Mal gescheitert, so dürfen wir doch nicht vergessen, das die große Gefahr, die für die heutige Gesellschaftsordnung in dem Umsichgreifen des erwähnten sozialdemokratischen

Grundgedankens sich birgt, weiter besteht, und daß sie aller Voraussicht nach noch zunehmen wird.

Das „Chemnitzer Tageblatt“ meint: Immer deutlicher tritt die allgemeine Niederlage, welche die Sozialdemokratie allenthalben erlitten hat, zu Tage. Zu imponierenden Kundgebungen ist es nirgends gekommen, und es ist selbst nicht einmal eingetroffen, was Liebknecht noch vor wenigen Tagen einem Berichterstatter des Pariser „Figaro“ betreffs des 1. Mai offenbart hat:

„Eine allgemeine Einstellung der Arbeit, das gestehe ich offen, wird schwer durchzuführen sein; es wird jedoch überall da geschehen, wo die Arbeiter bereits hinlänglich organisiert sind, um einen derartigen Schritt riskieren zu können. Die Hauptsache ist und bleibt ja, daß die Kundgebung der Arbeiterschaft am 1. Mai in der einen oder der anderen Weise zu einer allgemeinen sich gestaltet und daran — dafür bürgte ich — soll es bei uns in Deutschland nicht fehlen.“

Wo ist die allgemeine Kundgebung der deutschen Arbeiterschaft? Nur an wenigen Orten hat ein kleinster Bruchteil der Arbeiter die Arbeit eingestellt. Die Sozialdemokratie rief, und — niemand kam. Ganz besonders schmerzlich mag den Reichstagsabgeordneten für Chemnitz die Enttäuschung berühren, die ihm durch seine eigenen Wähler bereitet worden ist. Pünktlicher und vollzähliger als sonst sind diese am 1. Mai zur Arbeit erschienen und kein Rad hat in unserm betriebsamen Orte stillgestanden. — Wir müssen dem „Chemnitzer Tag.“ auch hier leider widersprechen. Der Abgeordnete für Chemnitz hat die Verschiedenheit der örtlichen Verhältnisse in Deutschland niemals verkannt und sich daher wohlweislich gehütet, den Chemnitzer Arbeitern auch nur einen Rath betreffs des 1. Mai zu erteilen. Wollten diese nirgends feiern, so werden sie gewußt haben, warum Wahrscheinlich werden sie die Pappenheimer, die hinter dem „Tageblatt“ stehen, und deren Nachsicht gefannt haben.

Im „Reichsboten“ lesen wir: Eine der bezeichnendsten Einzelheiten des verfehlten Arbeiterfeiertages aus dem eigenen Wahlkreise des Abgeordneten Schippel, der bekanntlich als größter Heißsporn dafür agitirt hatte, daß zu derselben Stunde die Mäder auf dem weiten Erdenrunde still stehen und zwar auf Geheiß des simplen, unbedeutenden Arbeitsmannes, der einmal sich selbst gehören will, und daß es der Bourgeoisie vor ihrer „eigenen Gottesähnlichkeit bange“ werden sollte, wenn sie vernimmt, daß die größten Fabrik-Etablissements am 1. Mai feiern mußten, weil die Arbeiter ein Mal die Arbeitslast von ihrer Schulter schütteln wollten! Im Chemnitzer Bezirke arbeiten circa 30 000 Arbeiter; von diesen haben im ganzen 3 schreibe drei am 1. Mai die Arbeit ausgeübt.

Das verhältnismäßig großartige Gelingen der Hamburger Demonstration muß selbst die „Köln. Zig.“ zugestehen: Schon früh morgens sammelten sich die Arbeiter, sonntäglich gekleidet, in größeren und kleineren Scharen, um in die Umgegend zu ziehen. Die Wandabeder Chaussee entlang bewegten sie sich in langen Zügen, insgesamt wohl 6000 Personen. In den Vororten waren alle Wirtschaften überfüllt. Die Leute vergnügten sich hier durch das Absingen von Liedern. Der Andrang nach den umliegenden Ortschaften war so stark, daß schließlich der weitere Zutritt verboten und verhindert wurde. Namentlich in Bahrenfeld, Wandabed, Hamm, Horn, Barnbed häuften sich die Menschenmassen in besorgniserregender Weise an. . . . In der eigentlichen Stadt war von der Arbeitseinstellung wenig zu spüren; die meisten Betriebe waren in ungestörtem Gang; nur das Stillstehen nahezu aller Bauten — auch des Rathhausbaues — fiel auf. Ein wesentlich anderes Bild bot die Hafengegend. Hier herrschte vielmehr eine fast feierliche Stille. Nur die Fährdampfer hielten ihre regelmäßigen Fahrten ein. . . . Wie schon gemeldet, sollen ungefähr zwei Drittel der in der Hafengegend beschäftigten Arbeiter gefeiert haben.

Der Leipziger „Wähler“ schreibt: Merkwürdig finden wir, daß selbst die „Volkzeitung“ das Wesen der Feier mißverstanden zu haben scheint. Sie schreibt von einer „Scharte, welche durch diese Kundgebung in das Schwert der Sozialdemokratie gekommen sei“. Und warum? Weil nur ein Fünftel der Berliner Arbeiter gefeiert hätten. Daß nicht alle Mann auf Deck sein würden und konnten, mußten wir voraussehen! Auch die Abwesenden waren bei uns! Der Keim ist gepflanzt worden, **der 1. Mai wird sicherlich wiederkehren**, wiederkehren auch als Arbeitervolksfest! . . . Die Maifeier hat Aussicht, ein stehendes Fest der Arbeiter zweier Welten zu werden.

### Das neue Arbeiterschutzgesetz.

Dem Reichstag ist der Entwurf eines Arbeiterschutzgesetzes von seiten der Regierung zugegangen, das in vielen Punkten einen entschiedenen Fortschritt gegen früher bedeutet.

Wenn auch der Maximalarbeitszeit, diese einschneidendste Forderung der Arbeiter, in dem ganzen Entwurfe keine Erwähnung findet, so tritt doch das Streben, die Arbeitszeit im Interesse der Gesundheit zu beschränken, dennoch deutlich hervor. Nachdem die ersten zögernden Schritte gethan sind, darf man ein konsequentes Fortschreiten für späterhin erwarten, falls der moralische Druck des sozialistischen Proletariats auf die Regierungsparteien nicht nachläßt.

Die geplanten Einschränkungen der Arbeitszeit betreffen:

#### 1. Die Sonntagsarbeit.

Im Betriebe von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Brücken und Gruben, von Hüttenwerken, Fabriken und Werkstätten, von Zimmerplätzen und anderen Bauhöfen, von Werften und Ziegeleien, sowie bei Bauten aller Art dürfen Arbeiter an Sonn- und Festtagen nicht beschäftigt werden.

Im Handelsgewerbe dürfen Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter an Sonn- und Festtagen wenigstens nicht länger als 5 Stunden beschäftigt werden. Die Stunden, während welcher die Beschäftigung stattfinden darf, werden unter Berücksichtigung der für den

öffentlichen Gottesdienst bestimmten Zeit von der Polizeibehörde festgesetzt. Eine Reihe von Ausnahmen für besonders dringliche Arbeiten schränkt diese allgemeinen Vorschriften wieder ein. Selbstverständlich ist auch Gast- und Schankwirtschaft, wie das Verkegengewerbe der Sonntagsruhe nicht unterworfen. Doch vermehrt man eine Bestimmung, welche einen anderen Ruhetag während der Woche für das Personal dieser Branchen festsetzt.

#### 2. Die Arbeit von Kindern, jugendlichen Personen und Frauen.

Während bisher die Vorschriften über die Sonntagsarbeit die Gesamtheit der Arbeiter ohne Unterschied des Alters und Geschlechts treffen, sind für den schwächeren Theil noch Einzelbestimmungen vorgelesen.

Das Alter, unter welchem ein Kind nicht in die Fabrik geschickt werden darf, ist von 12 Jahren auf 13 erhöht. Dagegen bleibt die Arbeitszeit der Kinder (als solche werden alle Arbeiter unter 14 Jahren betrachtet) ebenso wie die der jugendlichen Arbeiter (von 14—16 Jahren) unverändert. Die ersten dürfen 6, die zweiten 10 Stunden im Betrieb beschäftigt sein.

Ein entschiedener Fortschritt gegen früher zeigt sich dagegen in der Behandlung der Frau. Die erwachsene Arbeiterin, die bisher durch kein Gesetz vor rührender Ueberarbeit geschützt war, soll fortan während der Nachtzeit, von einzelnen Ausnahmefällen abgesehen, nicht mehr in der Fabrik ausgenutzt werden. Auch darf ihre gesammte Tagesarbeit die Dauer von 11 Stunden nicht überschreiten. Ihre Mittagspause muß mindestens 1 Stunde betragen. Und während bisher Wöchnerinnen drei Wochen nach ihrer Niederkunft nicht arbeiten durften, ist diese Zeit jetzt auf vier Wochen ausgedehnt.

#### Günstige Bestimmungen enthält die Vorlage ferner für den Schutz der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit.

Der Gewerbetreibende war bisher nur verpflichtet, alle diejenigen Einrichtungen herzustellen und zu erhalten, welche zu thunlichster Sicherstellung der Arbeiter gegen die Gefahren des Betriebes notwendig erschienen. Nunmehr ist dieses allgemeine Gebot aber durch eine größere Zahl bestimmter Einzelvorschriften ersetzt, was entschieden im Interesse der Arbeiter liegt.

Ebenso muß die andere Vorschrift, daß in jedem Betrieb eine klar abgesetzte Fabrikordnung, allen Arbeitern sichtbar, aufgehängt werden, von guter Wirkung sein. So soll die in ihr vorgesehene Geldstrafe den doppelten Betrag des ortsüblichen Tagelohns nicht übersteigen und zum Besten der Arbeiter der Fabrik verwendet werden.

Recht traglich insofern erscheinen die Paragrafen, die sich auf die Stellung der jugendlichen Arbeiter beziehen. So kann beispielsweise durch die Arbeitsordnung bestimmt werden, daß der von minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn an deren Eltern oder Vormünder und nur mit deren schriftlicher Zustimmung unmittelbar an die Minderjährigen ausbezahlt wird und daß der minderjährige Arbeiter nur mit ausdrücklicher Zustimmung seines Vaters oder Vormundes fähig ist.

Man ist gerade den jugendlichen Arbeitern gegenüber, da sie für die gewerkschaftliche und sozialistische Bewegung sich leicht empfänglich zeigen, besonders mißtrauisch. Daher wahrlich auch das Streben, ihre Selbstständigkeit möglichst einzulegen.

Das wichtigste Schlimme des neuen Entwurfs zeigt sich indes erst bei dem Kapitel des berühmten Kontraktbruchs. Im § 125 der Gewerbeordnung ist bisher bestimmt, daß ein Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehilfen verleiht, vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit zu verlassen, dem früheren Arbeitgeber für den dadurch entstehenden Schaden als Selbstschuldner mit verhaftet ist und daß in derselben Weise ein Arbeitgeber haftet, welcher einen Gesellen oder Gehilfen annimmt oder behält, von dem er weiß, daß derselbe einem anderen Arbeitgeber zur Arbeit noch verpflichtet ist. Diese Bestimmung hat eine Ausdehnung dahin erfahren, daß, wenn ein Geselle oder Gehilfe vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses die Arbeit verlassen hat, der Arbeitgeber an Stelle der Entschädigung eine an ihn zu erlegenden Buße fordern kann, welche für den Tag des Vertragsbruchs und jeden folgenden Tag der vertragsmäßigen oder gesetzlichen Arbeitszeit, höchstens aber für sechs Wochen bis auf die Höhe des ortsüblichen Tagelohnes sich belaufen darf. Dasselbe Recht soll dem Gesellen oder Gehilfen gegen den Arbeitgeber zustehen, wenn er von diesem vor rechtmäßiger Beendigung des Arbeitsverhältnisses entlassen worden ist. Auch für die verurtheilte Buße ist der Arbeitgeber, welcher einen Gesellen oder Gehilfen zum Vertragsbruch verleitet, mitverantwortlich.

Sobald soll, wer es unternimmt, durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohungen, durch Ehrverletzungen oder durch Berrufserklärung

1. Arbeiter oder Arbeitgeber zur Theilnahme an Verabredungen der im § 152 der Gewerbeordnung bezeichneten Art zu bestimmen oder am Rücktritt von solchen Verabredungen zu hindern;
  2. Arbeiter zur Einstellung der Arbeit zu bestimmen oder an der Fortsetzung oder Annahme der Arbeit zu hindern;
  3. Arbeitgeber zur Entlassung von Arbeitern zu bestimmen oder an der Annahme von Arbeitern zu hindern,
- mit Gefängnis nicht unter einem Monat bestraft werden. Ist die Handlung gewohnheitsmäßig begangen, so tritt Gefängnis nicht unter einem Jahr ein.

Die gleichen Strafvorschriften finden auf denjenigen Anwendung, welcher Arbeiter zur widerrechtlichen Einstellung der Arbeit oder Arbeitgeber zur widerrechtlichen Entlassung von Arbeitern öffentlich auffordert.

Die „Sozialreform“ zeigt auch hier wieder ihr doppeltes Gesicht. Sie kann den Arbeitern nicht geben, ohne ihnen gleichzeitig zu nehmen. Die Bestimmungen über den Kontraktbruch drücken der Regierung eine höchst gefährliche Waffe in die Hand.

Ich fürchte die Danaer, sagt ein alter Vers, vor allem aber, wenn sie Geschenke bringen. Die Arbeiter mögen an der Gut sein!

### Ueber Militärausgaben und Reichsschulden

schreibt die „Freis. Zig.“ des Abg. Richter:

Die fortdauernden Ausgaben für das Heer betragen nach der Rechnung für 1886/87 342 Millionen. Diese Ziffer wuchs

1887/88 . . . . .	auf 359 Millionen,
1888/89 . . . . .	363 „
1889/90 (Etat) . . . . .	370 „
1890/91 . . . . .	379 „

Seit dem 1. April 1887 ist also der ordentliche Militäretat gewachsen von 342 auf 379 Millionen oder um 37 Millionen Mark.

Die fortdauernden Ausgaben der Marine zeigen in derselben Zeit eine Steigerung von 36 auf 38 Millionen.

Die Pensionen für Heer und Marine sind in derselben Zeit von 51 auf 63 Millionen, also um nahezu 25 pCt. gestiegen.

Derart ergeben die fortdauernden Ausgaben für Heer und Marine

für 1886/87 . . . . .	429 Millionen,
1887/88 . . . . .	450 „

für 1888/89 . . . . .	456 Millionen,
1889/90 (Etat) . . . . .	466 „
1890/91 . . . . .	481 „

Das ergibt in den vier Jahren eine Steigerung von 429 auf 481 Millionen Mark, also um 52 Millionen Mark.

Noch viel beträchtlicher aber ist die Erhöhung der einmaligen Ausgaben für Heer und Marine. Die Ziffer derselben war in den Jahren 1882—1886 unter 50 Millionen geblieben, stieg 1886/87 auf 68, 1887/88 auf 182 und 1888/89 auf 202 Millionen. Für 1889/90 verfügt die Regierung über nicht weniger als 383 Mill. Mark zu solchen Zwecken, nämlich 280 Millionen Restcredite aus den Bewilligungen der Vorjahre und 103 Millionen aus neuen Bewilligungen des Etatsjahres 1889/90. Dazu kommen nun noch neue Bewilligungen für das Etatsjahr 1890/91 in Höhe von 277 Millionen, so daß die Regierung für einmalige Ausgaben für Heer und Marine in der Zeit vom 1. April 1889 bis 1. April 1891 über die ungeheure Summe von 660 Millionen Mark, oder nahezu zwei Drittel Milliarden zu verfügen hat. Und diese Summe soll nun noch nicht ausreichend sein.

Natürlich können die Mittel zu einmaligen Ausgaben in solchem Betrage nur durch Anleihen beschafft werden. Wie rapide aber die Reichsschulden schon jetzt gestiegen sind, ergibt sich aus folgender Zusammenstellung: Im Jahre 1876 ist das Reich, abgesehen von den Reichskassenscheinen, vollkommen schuldenfrei gewesen. Seitdem beginnt die Aufnahme verzinslicher Anleihen. Am Schluß des Etatsjahres 1879 waren 139 Millionen Schulden dieser Art kontrahirt, im Jahre 1882 319, 1885 410 und 1886 440 Millionen. Während es also hiernach von 1876 bis 1886 zehn Jahre bedurfte, um eine solche Schuld zu kontrahiren, genügt in der Folgezeit schon drei Jahre, um diese Schuldensumme zu verdoppeln. Die verzinslichen Reichsschulden stiegen dann bis zum 31. März 1887 auf 486 bis dahin 1888 auf 721, bis dahin 1889 auf 884 Millionen Mark. Im Jahre 1889 ist die verzinsliche Schuldsomme nach dem 31. März alsdann noch weiter gestiegen, so daß sie am 30. Juni 1889 930, am 15. Oktober 1889 bereits 975 Millionen Mark betrug. Dies ist die letzte amtliche Ziffer, welche über die Höhe der verzinslichen Reichsschulden bekannt geworden ist.

Inzwischen aber ist in den seitdem verfloffenen sechs Monaten die erste Milliarde der Reichsschulden längst überschritten worden.

### Politisches.

Die Thronrede, mit welcher der Reichstag am Dienstag eröffnet wurde, enthielt in keiner Weise — wie man wohl mitunter erwartet hatte — das Programm für eine „neue Aera.“<sup>1)</sup>

Sie giebt zunächst der Hoffnung Ausdruck, mit diesem Reichstag zu einer „befriedigenden Lösung“ der herantretenden bedeutamen Fragen der Gesetzgebung zu gelangen. In erster Linie sei der „Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung“ nöthig. Die Streikbewegungen hätten dazu den Anstoß gegeben, es sei nunmehr die Sonntagsruhe und die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit in's Auge zu fassen; weiter spricht die Thronrede von „gesetzlichen Anordnungen zum Schutze der Arbeiter gegen Gefahren für Leben, Gesundheit und Sittlichkeit“, sowie von „Arbeitsordnungen.“ Die Vorschriften über „Arbeitsbücher“ sollen verschärft werden, um der „zunehmenden Zukunftslosigkeit jugendlicher Arbeiter“ zu wehren. Schiedsgerichte und Einigungsämter sollen geschaffen werden.

Dagegen sei „jedem Versuche, an der Rechtsordnung gewaltsam zu rütteln, mit unbeugbarer Entschlossenheit entgegenzutreten.“ Hier erreichte nach den Berichten der Blätter der Beifall der Hörer seinen Höhepunkt!

Mit ziemlicher Wärme wird dann der internationalen Arbeiterschutzkonferenz gedacht, welche „das wichtigste Gebiet der Kulturarbeit unserer Zeit“ berühre und „auch für die Beziehungen der Völker untereinander nicht ohne einigende Frucht bleiben wird.“

Durch die Erweiterung der Heereseinrichtungen unserer Nachbarn sei das politische Gleichgewicht in Europa gefährdet und darum dürfe eine „Erhöhung der Friedenspräsenzstärke und eine Vermehrung der Truppentruppen — insbesondere für die Feldartillerie — nicht länger hinausgeschoben werden.“

Eine Nachtragsbewilligung werde dann noch zur Deckung der Kosten in Ostafrika und zur Besoldungsverbesserung für einen Theil der Reichsbeamten nöthig werden.

In das Präsidium wurden am Mittwoch gewählt: v. Levetzow (kons.) als Präsident, Graf Ballestrem (Zentr.) als 1., Baumbach (freis.) als 2. Vizepräsident.

Die aufdringlichste Partei gegenüber der Regierung ist neuerdings das Centrum. Auch die Thronrede giebt den ultramontanen Blättern wieder Anlaß zu unterthänigen und überschwenglichen Lobeserhebungen. Selbst die „Germania“ schreibt: „Die Thronrede ist, was man von den Thronreden der Aera Bismarck schon oft nicht mehr sagen konnte, ein Programm für die Arbeit unserer Zeit. . . . Der Kaiser hält ein erprießliches Arbeiten mit dem jetzigen Reichstag für möglich. Vertrauen um Vertrauen ist die Parole — und sie wird

<sup>1)</sup> Den vollen Wortlaut der Thronrede, sowie die weiteren Verhandlungen bringen wir zur nächsten Nummer als Extra-Beilage.

nicht zu Schanden werden. . . . Es ist eine Saat auf Hoffnung, aber berechtigter Hoffnung, und unterdessen soll bei uns nicht die Hand in den Schooß gelegt werden."

**Zur Vermeidung von Arbeiteranständen unter den Vergleuten** empfahl Herr Dr. König-Witten auf dem Kongress der deutsch-sozialen Partei in Hannover (2. April): „Die Wiedereinführung der althistorischen Knappentracht, die dazu beitragen würde, daß sich die Arbeiter als Offiziere der Arbeit fühlen und ihre Ehre hoch hielten.“ — Herr Dr. Paul Förster-Berlin äußerte auf dem Kongress u. a.: „An Stelle des Großkapitalismus mit seinem ausfahrenden Einflusse müssen eine Menge Mittelvermögen geschaffen werden, und zwar, wenn es sein muß, durch gewalttätige gesetzgeberische Mittel des Staates, wie solche auch im Jahre 1808 angewandt sind. Ferner ist als Gegner der kaiserlichen Erlasse die Sozialdemokratie zu bekämpfen, aber nur der verheerende, irreleitende Theil derselben mit allen Mitteln der Gewalt.“

Die Engländer haben in der Hauptsache erst am Sonntag, den 4. Mai demonstriert. Ueber die Londoner Kundgebung wird berichtet: „Die Demonstration hat alle Erwartungen übertroffen, am meisten vielleicht die der Urheber des Ganzen. . . . Ein so großartiger Protest ist unter gleichen erfreulichen Verhältnissen vielleicht nicht seit Menschengedenken abgegeben worden. Es war für einen einzelnen Zuschauer ganz unmöglich, auch nur ein annäherndes Urtheil zu gewinnen, wieviel Menschen überhaupt in Hyde Park versammelt waren und wieviel an dem Tage nach demselben und durch denselben theilnahmen. In unabsehbarer Länge bewegten sich zwei Bänder, der eine von Osten, der andere und Hauptzug von Südosten kommend, nach dem Park. . . . Ein in der Schätzung von Massen geübter Polizeioffizier war der Meinung, es könnten kaum weniger als 200 000 Mann an den beiden Zügen Theil genommen haben, während zu einer Zeit, d. h. gegen 5 Uhr, im ganzen fast eine halbe Million Menschen im Hyde-Park versammelt gewesen sein müsse. Es war ein buntes Wogen und Treiben, manchmal sogar etwas sehr bunt, ich muß aber gestehen, daß ich nie zuvor in London eine so große Menge gesehen habe, die sich so ruhig, vernünftig und anständig benahm. . . . Die Resolution protestirt gegen die gegenwärtig übliche lange Arbeitszeit und fordert die Regierung auf, durch angemessene Gesetzgebung die Zeit der Arbeit auf acht Stunden den Tag, bez. 48 Stunden die Woche obligatorisch zu beschränken. Ueber 100 Vereine und, man darf wohl annehmen, alle Gewerbe Londons waren vertreten. Es war ohne Zweifel der größte Erfolg, der je in London eine derartige Veranstaltung gekrönt hat.“

Aus Brüssel, 2. Mai berichtet man der „Kreuz-Zig.“: Von einem allgemeinen Auslande konnte gestern eigentlich nur in einem Theile der belgischen Kohlenreviere, vornehmlich im Becken von Chorleroi und La Louvière, die Rede sein, wo 70—80 000 Vergleute den „Weltfeiertag“ durch Fernbleiben von den Schächten feierten. . . . Rechnet man alle Theilnehmer an den gestrigen Kundgebungen für ganz Belgien zusammen, so kann man vielleicht die Gesamtzahl der Manifestanten mit 200 000 beziffern. Da das Königreich 7—800 000 Arbeiter zählt, so ist die große Mehrheit doch allen Kund-

gebungen ferne geblieben. Das ist freilich kein Beweis, daß die ferngebliebenen Arbeiter sich etwa der Achtstundebewegung nicht anschließen wollen. . . . Wie man die Sache immer auffassen mag, eines haben die Arbeiter am gestrigen Tage bewiesen: daß sie Disziplin zu halten und die öffentliche Ordnung zu achten verstehen. Obwohl gestern in ganz Belgien über hundert öffentliche Kundgebungen und Versammlungen stattfanden, wurde nirgendes auch nur der leiseste Versuch zur Störung der Ruhe unternommen. Unsere Arbeiterschaft hat sich durch ihr tadelloses Verhalten am gestrigen Tage das schönste Zeugniß politischer Reife ausgestellt und den besten Beweis dafür erbracht, daß sie zu politischen Rechten zugelassen zu werden verdient.

### Abrechnung der Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter für das Jahr 1889. Folio 30 Seiten.

Wir heben daraus Folgendes hervor:  
Die Zahl der Mitglieder ist im Jahre 1889 von 71 678 auf 77 184 gestiegen und hat somit die größte Ziffer erreicht seit dem Bestehen der Kasse.  
„Die gehegten Befürchtungen, daß bei Inkrafttreten des neuen Statuts (1. Oktober 1889) eine große Anzahl Mitglieder aus der Kasse aus- und in die neue Zuschußkassen übertreten würde, ist nicht eingetroffen; allerdings sind im Oktober eine kleine Zahl Mitglieder aus der Kasse ausgeschieden, doch wurde dieser Anfall durch die neu beigetretenen wieder voll und ganz gedeckt. Auch das Wüthen der Influenza hat die Kasse finanziell nicht zu erschüttern vermocht.  
„Aus allem Vorhergesagten ist zu ersehen, daß das Vertrauen zu unserer Kasse im beständigen Wachsen begriffen ist, und ferner, daß die einsichtsvollen Arbeiter sich immer mehr den freien Krankenkassen — insbesondere den Zentral-Krankenkassen — als die beste Art der Krankenversicherung, zuwenden. Es würde der Andrang zu diesen Kassen noch ein bedeutend größerer sein, wenn nicht (wie schon so oft geklagt) seitens eines Theils der Behörden, insbesondere aber seitens verschiedener Ortsklassen, durch allerlei Manipulationen den Arbeitern der Beitritt zu den Zentralkassen erschwert würde. Die gefährten großen Prozesse mit den Ortsklassen in Sachsen sind wohl noch in aller Gedächtnis, und der bereits über ein Jahr dauernde Prozeß mit der Ortsklasse in Köln muß noch die letzte Instanz durchmachen, nachdem in der Vorinstanz zu Gunsten unserer Kasse entschieden wurde. Sollten diese Schikanen endlich einmal ganz aufhören, dann würde, wenn man den Zentralkassen fernerhin nichts mehr in den Weg legen und allen Arbeitern gestattete, unbehindert und frei nach eigener Ueberzeugung sich versichern zu können, dann würde — davon sind wir überzeugt — die Zahl der Mitglieder in allen Zentralkassen sich baldigst verdoppeln. . . . Wir wollen also muthig vorwärts streben und rüstig nach dem Ziele hinarbeiten, welches wir uns selbst gesteckt haben, nämlich den Beweis zu liefern, daß die Arbeiter wohl im Stande sind, die Sorge für ihre Kranken selbst zu übernehmen und ohne Bevormundung ihre Kassen selbst zu verwalten.“

**Politisches, Gewerkschaftliches.**  
Anruf an die Former Deutschlands. Generalstreik der Former in Berlin ausgebrochen. Forderungen 9stündige

Arbeitszeit, 15 pCt. Lohnaufschlag. Circa 2000 Former und Berufsgenossen ausgesperrt. Briefe an Rörsten. Andere Sendungen an D. Rohland. Bureau Jüdenstr. 55, Post. Trifschmann.  
**Der Ausstand der Wollenweber wird allgemein** in Ronneburg, Reischlau, Nollau, Reichenbach, Elsterberg und von Sonnabend ab wahrscheinlich auch in Greiz.  
**Görlitz.** Die zur Feier des 1. Mai im Saale des „Konzert-Hauses“, Abends 8 1/2 Uhr veranstaltete öffentliche Volks-Versammlung war von über 2000 Personen besucht. Nach einem beifällig aufgenommenen Referat des Herrn Hugo Keller über die Achtstundens-Bewegung nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution in der von der Fraktion vorgeschlagene Fassung an. — Vollständig ruhig und anständig, wie die Versammlung, verlief auch der ganze 1. Mai trotz aller getroffenen „Vorkehrungen“.

### Briefkasten.

**Streikankrufe.** Wir bitten, immer ganz kurz zu sein und nur zu schreiben: In . . . streiken . . . Weber wegen . . . . . Zugut ist fern zu halten. Alle Sendungen an . . . . . — Es genügt das vollständig, weil die Worte drum und dran doch immer dieselben sind. Wir haben schon Wochen gehabt, in denen wir unser ganzes Blatt mit den uns zugegangenen Ankufen hätten füllen können und wir haben doch in erster Linie andere Zwecke, der Belehrung und Aufklärung, zu erfüllen. Wozu sind die Fachblätter und Tageszeitungen da? Erst macht sich der Schreiber unnütze Mühe mit der Abfassung und dann müssen wir unsere Zeit wieder mit dem Abfärzen und Umschreiben verlieren. Also kurz und bündig!

**Magdeburg.** Es ist wirklich skandalös, was heute alles versucht wird. Hoffentlich scheidet die Sache. — **Güstrow.** Gedicht nicht aufnehmbar. — **Charlottenburg.** Das ist ja noch anständig abgegangen. Wir wollen uns erst einmal das Geleg von 1820 (welches?) zu verschaffen suchen und dann Mittheilung machen. Gruß. — **Lütgen, Dorimund.** Zu spät erhalten, Statut auch nicht erhältlich. — **Braunsberg.** Abg. Schulze übergeben. — **Liegnitz.** Abg. Stadthagen übergeben. — **Leiser.** Erschließen in Deutschland schon Organisationen der Landarbeiter? Wir wissen das nicht, vielleicht theilt uns aber einer unserer Leser etwas darüber mit.

**r. Elster.** Wir setzen voraus, daß die Vereine mehr als 10 Exemplare beziehen. Sonst gewöhnlicher Preis. — **Wasser.** Bar als Annonce am 3. Mai nicht mehr zu bringen; wir nehmen es heute unter Gewerkschaftliches.

**Kiel.** Jeder Erwachsene, männlich oder weiblich, kann unterzeichnen, natürlich kann ein des Schreibens Unkundiger auch andere unterzeichnen lassen. Sie senden die Resolution ein, die sie gefast haben.

Unsere auswärtigen Abonnenten bringen darauf, daß die „Berliner Volks-Tribüne“ bereits **Donnerstag** Abend redaktionell abgeschlossen werde, damit Freitag Morgens die Ablieferung zur Post beginnen könne.

Wir bitten darum alle Vereine und Einsender, uns möglichst bis **Donnerstag** Mittag alle Annoncen, Vereinsanzeigen u. zugehen lassen zu wollen.

Redaktion der „Berliner Volks-Tribüne.“

## An die Tischler Berlins!

Kollegen! Der erste Arbeiterfeiertag hat einen Theil der Unternehmer und Innungsmeister veranlaßt, in rücksichtsloser Weise Kollegen, welche am 1. Mai die Arbeit ruhen ließen, auf die Straße zu setzen. Wir erwarten nun von sämtlichen Kollegen Berlins, daß sie sich mit den Gemäßigten solidarisch erklären und den Werkstellen fern bleiben, wo Maßregelungen stattgefunden haben. Bis jetzt sind folgende Werkstellen bei dem unterzeichneten Vorstand angemeldet:

Kapler (Aktiengesellschaft), Prinzen-Allee 75/76. (27 Mann.)  
R. Weiss, Memelerstr. 22. (Bei dieser Werkstätte ist noch zu bemerken, daß sich 4 „Kollegen“ nicht gescheut haben, den Meister in seinem „arbeiterfreundlichen“ Vorgehen zu unterstützen. Diefelben haben die ziemlich fertige Arbeit fertiggestellt und sich pro Tag 5 Mk. zahlen lassen, wo sie sonst nur 4 Mk. pro Tag erhalten. Die Namen dieser Herren Kollegen sind: Gebr. Lieverenz, Posenerstraße; Treiber, Memelerstraße; Seifert, Lobbenerstraße.)  
Jockel, Landsberger Allee 37.  
Bohrend, Schönhauser Allee 144a.

Der Vorstand des Fachvereins der Tischler.

## Oeffentliche Versammlung sämtlicher Gewerkschaften Berlins

Montag, d. 12. Mai, Abends 8 Uhr, Andreasstr. 21, bei Joel (früher Keller).  
Tages-Ordnung:  
1. Wie stellen sich die Gewerkschaften Berlins zur Wahl einer Streik-Kontroll-Kommission? Referent Th. Glöck.  
2. Wie stellen sich die Gewerkschaften Berlins zur weiteren Gründung von Fachpressen? Referent Jul. Bernau.  
3. Diskussion und Verschiedenes.  
Um zahlreichen Besuch der Versammlung ersucht das Bureau der letzten Versammlung.  
J. A.: C. Thiem, Töpfer.

## Sozialdemokr. Wahlverein d. 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.

Dienstag, den 13. Mai, Abends 8 1/2 Uhr,  
in Weimann's Volksgarten, Gesundbrunnen

**Mitglieder-Versammlung.**  
Tages-Ordnung:  
1. Berichterstattung und Vorstandswahl. — 2. Vortrag des Herr C. Becker. — 3. Diskussion.  
4. Verschiedenes und Fragekasten.  
Aufnahme neuer Mitglieder findet statt. Um zahlreiches Erscheinen ersucht  
Der Vorstand.

### Weissensee.

## Fachverein der Tischler Berlins und Umgegend.

Sonntag, d. 11. d. Mts., Vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale Langhausstr. 106,  
zu Neu-Weißensee

## Versammlung.

Tages-Ordnung;

1. Die augenblickliche Lage unseres Gewerks. Ref. Kollege Wiedemann. — 2. Diskussion. — 3. Werkstattangelegenheiten und Verschiedenes.  
Neue Mitglieder werden in der Versammlung aufgenommen.  
Gäste willkommen.

Der Bevollmächtigte.

Empfehle den Genossen meine zum  
**Minimal-Lohnstarif**  
der Berliner Tabakarbeiter  
verfertigten Cigarren.  
**Wilh. Boerner,**  
Ritterstr. 108, d. 2. Haus v. d. Prinzenstr.

Zwei Bedarf von Regen- und Sonnenschirmen,  
sowie Anfertigung sämtlicher Reparaturen,  
halte mich den Parteigenossen bestens empfohlen.  
**Gustav Fritz, S., Fürstenstr. 11, pt.**

## Gr. öffentl. Versammlung

der  
**Schuhmacher**  
am 12. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr, in den Bürger-  
Sälen, Dresdenerstr. 96.  
Tages-Ordnung:  
Die Erfolge unseres Streiks und wie sind die-  
selben festzuhalten. Referent M. Baginski.  
Die Lohnkommission.

Ein Mann, längere Zeit bei einem Rechtsan-  
walt und in einer Fachzeitschrift beschäftigt,  
seiner Gesinnung wegen entlassen, sucht unter be-  
scheidenen Ansprüchen Stellung in einem Arbeiter-  
blatt. Gef. Offerten erbeten u. M. J. 4, Post-  
amt 57, Berlin W.

### Liegnitz.

Allen Freunden und Genossen theile ich mit,  
daß meine Strafzeit am 28. April ihr Ende er-  
reicht hat, und da mein Geschäft wieder eröffnet  
ist, so bitte ich die alte Bekanntschaft wie immer  
zu erneuern.

**Bruno Leopold,**  
Schleifer u. Siebmacher,  
Liegnitz, Karthausstr. 18.

Empfehle meinen werthen Freunden und  
Genossen sowie den Lesern dieses Blattes mein  
**Cigarren-Geschäft.**  
**Carl Lehmann.**  
Brammenstr. 88, dicht am Humboldtthain.

## Die Thüringer Tribüne

vertritt die Interessen der Arbeiter in politischer,  
wirthschaftlicher und gewerkschaftlicher Beziehung  
in entschiedenster Weise. Dieselbe erscheint wöchent-  
lich zweimal. In ihrer Rubrik „Aus Thüringen“  
belehrt dieselbe speziell das Streben und Wirken  
des werththätigen Volkes Thüringens.  
Jede Postanstalt nimmt Abonnements zum  
Preise von 1 Mark vierteljährlich entgegen.  
Im gleichen Verlage erscheint die „**Thüringer**  
**Tribüne**“ und das „**Nordhäuser Volksblatt**“,  
welche im zweiten Nachtrag der Postzeitungliste  
eingetragen werden und zu den gleichen Be-  
dingungen zu beziehen sind.

Der Verleger.  
Erfurt. Karl Schulze.

## Alte Banknoten.<sup>1)</sup>

Von N. Nisjanow.

Aus dem Russischen übersetzt.

An einem Wintertage ging ich einmal die Gartenstraße entlang, an der Reichsbank vorbei. In dem Hofraume derselben wurden gerade alte, ausgeloooste Banknoten verbrannt. Aus einem kleinen, eisernen Ofen schlug eine helle Feuerflamme empor, und abseits standen drei Bankbeamte in warme Pelze eingehüllt und sahen zu, wie ein Soldat mit einer langen Eisenstange in dem brennenden Papierhaufen herumwühlte. Auf der Straße, hinter dem Zaune, welcher den Hof umgab, stand eine Menge Neugieriger — meist aus den niederen Volksschichten — und sah zu, wie die Funken in Garben aus dem kleinen Ofen emporstiegen — in eine dicke, schwarze Rauchwolke gebüllt — und dann als feiner Ruß von grauer Farbe, auf den Hof und die Straße niederfielen und dort sich lagerten.

Ich hatte nichts zu thun, und so blieb ich stehen, um zu lauschen, was sich wohl das Böllchen erzählte.

Nach einigen Minuten kam ein altes Weib heran, in einem sadenscheinigen Mantel, der mit Watte gefüllt war, und mit einem schmutzigen Tuche um den Kopf.

„Was wird da gemacht, Väterchen?“ fragte sie einen ausgedienten Soldaten, der offenbar Thorwächter in irgend einem Regierungsgebäude war.

„Geld wird verbrannt,“ antwortete er barsch.

„Was für Geld? am Ende wohl noch silbernes?“

„Metall brennt doch nicht! — Banknoten sind es!“

„Und wozu verbrennt man sie?“

„Deswegen, weil sie jetzt keinen Werth mehr haben, an ihre Stelle kommen neue.“

„Ja, ja! das ist ganz hübsch, aber wozu die alten verbrennen? Kann man die ganz und gar nicht mehr verwenden?“

„Es wird wohl so sein.“

„Ja, für den Reichen haben sie keinen Werth, aber für einen Armen taugen sie vielleicht doch noch. Ein armer Mann würde sich vielleicht unter den Papieren etwas herausfinden, und sich noch bedanken bei den Menschen und dem lieben Gott. Und so geht das zum Teufel! Das ist doch wahrhaftig nur die reine Mißgunst. Gott verzeih' es ihnen! Es ist doch recht, was die Leute sagen: Der Hund liegt auf dem Heu, frisst es selbst nicht, läßt aber auch andere Thiere davon nicht fressen.“

„Ach, was schwafelst Du da, Mütterchen!“ sagte der Soldat in strengem Ton.

„Warum sollte das Geschwätz sein?“

„Ich sage es Dir ja deutlich: die Papiere taugen nichts mehr, denn sie haben keinen Werth und deshalb werden sie „ausgelooost.“

„Hm! ja . . . aber wozu werden sie denn verbrannt? Die Noth ist doch jetzt überall so groß; weißt Du, wie theuer das Brot ist? Wenn sie menschlich fühlten, und den lieben Gott fürchteten, dann würden sie die Banknoten nicht ins Feuer werfen, sondern sie lieber einem Armen schenken. Der würde schon zusehen und sich etwas herausfinden.“

„Aber ich sage Dir doch, daß für die alten Papiere neue gemacht werden.“

„Ach was! die neuen wird man uns doch nicht schenken. Nicht wahr? Und diese da könnten sie uns schenken, wenn sie nicht wissen, was sie damit anfangen sollen. Wenn sie auch alt sind, was schadet das? Mir hat am Weihnachtstage ein Gauner einen falschen Rubelschein herausgegeben. Von zwei anderen Papieren hat er die Enden abgerissen und so zusammengeliebt, daß es ausah, wie ein Rubel. Eine Nummer war natürlich nicht darauf. Ich gebe ihn einem Kaufmann — er nimmt ihn nicht, ich will für ihn ein Huhn auf dem Markte kaufen, aber auch so werde ich ihn nicht los. Da kam ich endlich in eine Trödlerbude, in der ein Deutscher saß, und dieser nahm den Schein, ohne zu merken, daß er falsch war. Siehst Du wohl!“

„Dann hast Du ihn betrogen, denn Du hast ihm einen falschen Rubel gegeben.“

„Was sollte ich aber damit anfangen? Verbrennen?! Ach ja! der Deutsche wird auch nicht so dumm sein. Nimmst's einer nicht, so nimmst's ein anderer, irgendwie wird er ihn los! Nicht jeder versteht doch Nummern zu lesen, das kostet einem armen Manne viel Mühe. Und so ist es auch hier: für das Geld, das da verbrannt wird, könnte man manchen vom Hungertode erretten: jetzt ist doch die Noth so groß, und essen und trinken muß doch jeder.“

„Verstehst Du denn das nicht, Mütterchen? sagte der Soldat ärgerlich, denn er wußte auf diese Argumente nichts mehr zu antworten.“

„Was ist hier viel zu verstehen? Wer hungrig ist, der wird's schon begreifen.“

„Nein, Mütterchen, Du verstehst es doch nicht: die Regierung hat das so verordnet.“

„Nun meinetwegen — die Regierung! Wer Verordnungen veröffentlicht, der hat seinen Gehalt und lebt davon; und wer seinen Bauch mästen kann, der versteht es nicht, wie schwer es für einen Armen fällt, eine Kopeke zu verdienen. Da werden dann auch Banknoten verbrannt, nicht nur Rubelscheine — o nein! auch blaue und rothe Scheine. Ich sage Dir, hundert Armen könnte man davon zu essen geben. Dazu wird noch so viel Holz verbrannt; mit dem Holz allein könnte sich eine arme Familie in ihrem Stübchen einheizen. Die Fröste treiben doch wahrhaftig keinen Spaß mit uns!“

„Du bist doch aber recht dumm, Mütterchen, die Bank macht es immer so, und das nennt man bei uns „die alten Noten „löschen.“

„Ein schönes „Löschchen“ das! Du hältst mich wohl für ganz dumm. Ich bin doch nicht blind, ich sehe doch ganz gut, wie der Rauch aufsteigt. Löschchen! Aber für die Regierung mußt Du natürlich eintreten, denn Du steckst ja unter einer Decke mit ihnen. Wenn ihr mehr den lieben Gott fürchtet, dann hättet ihr auch mehr Mitleid im Herzen. Hast Du die heilige Schrift gehört, welche die Popen in den Kirchen vorlesen? Christus hat nicht befohlen, das Geld zu verbrennen, sondern hat gesagt, daß man es den Armen geben soll.“

„Ach, Du albernes Frauenzimmer!“ brummte der Soldat ärgerlich. Er spuckte energisch auf die Erde und ging weg.

„Jawohl, nur Du allein bist klug!“ sagte böshaft die Alte, indem sie ihm nachsah und dann sich zu uns wendete. „Hat sich stets vollgeessen und ist wohl davon so klug geworden. Man sollte Dir so acht Tage nichts zu essen geben, dann würdest Du schon anders reden, dann würdest Du schon einsehen, was das heißt, Geld verbrennen. Barmherziger Gott! durch unsere Sünden haben wir es verschuldet, daß die Menschen so hart sein können. Wie der Rauch nur aufsteigt! Wer sind wohl die Herren dort in den Pelzen?“ fragte sie zuletzt mich.

„Bankbeamte“, sagte ich.

„Und wozu stecken die ihre Nase hier hinein?“

„Sie müssen Acht geben, daß alles verbrannt werde.“

„Gott vergebe ihnen ihre Sünden! Man wird sie selbst in der Hölle aufspießen und braten und mit langen Eisenstangen über dem Feuer zurechttrüden dafür, daß sie gegen arme Leute so hart waren. Wir alle werden gerichtet, uns allen wird Gerechtigkeit zutheil, je nach unseren Werken.“

Die Alte bekreuzte sich und ging weiter.

## Ueber die Demoralisation der englischen Bourgeoisie

schreibt der englische Korrespondent des Philadelphiaer „Evening Telegraph“, Herr Adolph Smith:

Wir haben eine große Klasse privilegirter und reicher Leute, welchen viel Zeit und Geld zur Verfügung steht. Diese Leute sind die Kunden der Häuser, in welchen unnatürliche Laster getrieben werden. Dazu kommt noch das zunehmende Laster der Morphiomanie und ähnlicher Gewohnheiten, die besonders unter den Damen von Stand und Vermögen herrschen.

Während so übermäßiger Reichtum und Müßiggang hauptsächlich zur Degradation unserer höheren Klassen führt, demoralisirt der Kampf uns Dasein die Mittelklassen und die arbeitenden Massen.

Unter Mittelklasse verstehe ich die Leute, welche, ohne irgend Vermögen zu besitzen, in kommerziellen oder professionellen Stellungen von 1500 bis 2500 Dollars (6000 bis 10 000 Mark) pro Jahr verdienen. Damit leben sie als Gentleman, führen ein eigenes Haus und halten sich ein oder mehrere Diensthöten. Aber die Kinder aus diesen Familien sind übel dran. So lange der Sohn bei den Eltern wohnt, oder als lediger Mann lebt, kann er mit seinem Verdienst seinem Stande gemäß existiren. Heirath aber wäre finanzieller Selbstmord. Er enthält sich daher derselben. Diese Abstinenz wird dadurch erleichtert, daß es tausende von Arbeitsmädchen giebt, die nur zwei bis drei Dollars (8—12 Mark) wöchentlich verdienen, und oft nicht einmal diesen Verdienst haben. Die Söhne der Mittelklasse, welche eine Frau bei dem üblichen Aufwand in diesen Kreisen nicht erhalten können, sind aber wohl im Stande, einem solchen Mädchen wöchentlich einige Dollars zu geben. Daraus entsteht eine andere Quelle gesellschaftlicher Verderbnis.

Es mag eingewendet werden, daß dieser Zustand immer bestanden hat. Ich behaupte im Gegentheil, daß er erst in den letzten Jahren hauptsächlich aufgekomen und daß er folgenden Ursachen zuzuschreiben ist. Früher konnte ein Mann aus der Mittelklasse heirathen, auch wenn sein Einkommen klein war, weil er Aussicht hatte, daß er selbstständig oder Theilhaber an der Firma werden würde, für die er arbeitete. Heute nimmt aber die Zahl der Firmen beständig ab; das Geschäft konzentriert sich in immer weniger Händen. Die Zahl der Prinzipale wird geringer, die der Angestellten größer. Nicht nur wird die Möglichkeit des Aufstiegens für diese vermindert, sondern auch ihre

Saläre nehmen ab. Es entsteht ein Proletariat der Mittelklasse, das sich bald fühlbar machen wird.

Die zweite Ursache sind die erhöhten Ansprüche an das Leben. Der junge Mann mit 1500 bis 2500 Dollars Einkommen per Jahr wünscht ins Theater zu gehen, Bücher zu haben, ab und zu eine Reise zu machen — heirathet er aber und hat den Aufwand für ein Haus zu bestreiten, so fällt das alles weg. Also heirathet er nicht . . .

Die Opfer bei diesem Stand der Dinge sind die Töchter der Mittelklassen, die in erschreckender Zahl ohne Männer bleiben und nichts mit sich anzufangen wissen. Die Billigkeit des Lasters und die Kostspieligkeit der Ehe ist ein Unglück für diese Mädchen.

In dieser Hinsicht sind die Mädchen der arbeitenden Klassen viel besser gestellt. Die Arbeiter heirathen ohne Bedenken, auch wenn sie keine Mittel haben, auch kann sich eine Arbeiterin eher selbstständig durchschlagen, als das durch hundert Rücksichten gebundene Mädchen der Mittelklasse. Das letztere muß zufrieden sein mit jedem Liebhaber, der kommt, weil sie keine Wahl hat. Daher sind unglückliche Ehen nicht selten und diese schrecken erst recht vor weiteren Heirathen ab.

Daher entsteht eine Armee von alten Jungfern aus der Mittelklasse, die erschreckend zunimmt. Geheimnißvolle Krankheiten kommen auf, die unzweifelhaft erzwungener Ehelosigkeit zuzuschreiben sind. Man spricht nicht gern über diese Zustände, aber die Thatsache, daß eine Legion der ehrbarsten, besterzogenen Mädchen Englands keine Aussicht hat, Männer zu bekommen und ebenso keine Möglichkeit, eine ihren Familienverhältnissen entsprechende Erwerbsstellung, welche sie unabhängig machte, ist so ernst, daß sie nicht mehr lange übersehen werden kann.

Soweit der englische Korrespondent des amerikanischen Blattes. Er hat, soweit er die Zerziehung der heutigen Ehe- und Familienverhältnisse schildert, zweifellos recht, wenn er auch nur die Oberfläche und nicht die letzten und tiefsten Ursachen berührt. Als Bourgeois fehlt natürlich dem Verfasser erst recht jeder Blick dafür, daß die Zerziehung der alten Geschlechtsbeziehungen zugleich den Boden bereitet für eine höhere und freiere Form der Familie.

## Sozialistische Spaziergänge.

B. W. Wenn ein Gewässer lange Zeit unthätig steht und keinen frischen Zugang erhält, so pflügt sich seine Oberfläche mit einer Fülle von Sumpfgeschöpfen — Wasserlinsen, Seerosen, Froschlai, Wasserpiennen, Käfern u. s. w. — zu bedecken.

Das moderne Bürgerthum gleicht in mancher Hinsicht einem stehenden Gewässer. Allerlei Zeichen der Versumpfung treten an ihm zu Tage. Einige derselben haben wir auf früheren Spaziergängen betrachtet. Der jumpfigste Theil dieses Gewässers aber heißt Kapitalistenweib. Drum wuchert auf ihm der Krimstrams von Sumpfgeschöpfen in üppigster Fülle.

Wer das Boudoir des Kapitalistenweibes einer kritischen Betrachtung unterwirft, der wird fürwahr an einen Sumpf gemahnt, wofür er wenigstens ohne „noble“ Vorurtheile den tausendfachen Toiletten-Land mustert und sich klar macht, welchem Zwecke eigentlich jeder einzelne Gegenstand dient. Unsinn, Eitelkeit und Kapitalismus schalten und walten auf diesem Gebiete und feiern wüste Orgien, ja einen förmlichen Herrenabbat.

Der Physiognomiker (Körperdeuter) Lavater glaubte, aus der Betrachtung eines einzelnen Körpertheiles allerlei Schlüsse auf den ganzen Menschen ziehen zu dürfen. In ähnlicher Weise glaube ich, daß der Toilettenstrank des Kapitalistenweibes ein ganzes Kapitel Sittengeschichte erzählen kann. So erzählt er uns, daß dieses Weib in volkswirtschaftlicher Hinsicht etwas höchst Ueberflüssiges, nämlich Unproduktives ist, daß es wesentlich die Bestimmung hat, der Lust zu dienen (falls es nicht bloß das Anhängel eines Geldsackes ist) und zugleich das Kapital seines Herrn dadurch zu mehren, daß es Reklame macht, vulgo „repräsentirt.“ Das Boudoir ist der getreue Ausdruck dieses weiblichen Berufes.

Das Kapitalistenweib ist etwas Ueberflüssiges im Vergleich zur Bürgerin der „guten alten Zeit.“ Damals, als die Produktion für den Hausbedarf wesentlich häusliche Produktion war, hatte das Eheweib einen wirtschaftlichen Zweck, nämlich den, diese Produktion zu leisten oder wenigstens zu leiten. Aber heute, in dem Zeitalter der Bäder-, Butter-, Schlächter-, Wurst-, Kolonialwaaren-, Posamenten- und Kleiderläden, heute, wo es für die wohlthätige Hausfrau nichts zu baden, zu buttern, zu schlachten, zu wursten, zu spinnen, zu weben und zu schneiden giebt, und wo das Bischofen, was von häuslicher Produktion übrig geblieben ist, von Köchinnen, Stubenmädchen, Wäscherinnen, Plätterinnen und Schneiderinnen besorgt wird, heute, wo die „höhere Tochter“ „j'aime“ und „yes“, Kunstgeschichte und Etüden, Mythologie und Komplimentirbuch zu studiren hat — heute ist die „Hausfrau“ in wirtschaftlicher Hinsicht ziemlich überflüssig, und dies am meisten in der wohlhabenden Welt. Kein Wunder, daß das Kapitalistenweib seinen Sinn und seine Thätigkeit auf Ueberflüssiges richtet. Der Köchin die Ausgaben nachrechnen und das Kinder-

<sup>1)</sup> Wir geben diese Skizze wieder, um unseren Lesern zu zeigen, wie in Rußland auch die Form der Erzählung und des Dialogs zur oppositionellen Agitation benützt wird. Den Inhalt und die Tendenz haben wir natürlich nicht zu vertreten. D. Red.

mädchen Hofmeisterin, ist selbst für die Beschränktheit allzu beschränkt. Das Hirn der Hausfrau hat folglich eine überschüssige Kraft, und diese Kraft brütet nun allerlei Schnurwessereien aus: dem Schwiegervater werden zum Geburtstag Pantoffeln gestickt; von getrockneten Blumen wird ein Strauß komponiert; die Wiegendecke des pflanzenhaft verständigsten „Babys“ wird mit Häkelchen eingestickt, und in Ermangelung eines abligen Abzeichens wird eine wappenartige Phantasie darauf gestickt u. s. w.

War die mittelalterliche Frau ein Lastthier, so ist die moderne ein Lustthier. Sie ist dazu bestimmt, „dem Manne das Dasein zu verschönern.“ Um nun diesen Beruf zu erfüllen, richtet die Kapitalistenfrau ein besonderes Augenmerk auf die Steigerung ihrer körperlichen Reize. Schmuck ist ihre Sehnsucht, und hierin ist sie unersättlich. Mit gierigen und eiferfüchtigen Augen verschlingt sie jede Neuigkeit auf dem Gebiete des Schmuckes, die ein Verkaufsladen oder ein anderes Weib zur Schau trägt. Das „Modernste“ muß sie haben, eher ruht sie nicht. Die Unterhaltung der Weiber wird erst eigentlich lebhaft und erregt, wenn sie sich um Liebchaften oder um — Fuß dreht. Das reiche Weib läßt es aber nicht bei Fuß bewenden, sondern trachtet nach Luxus, wohl wissend, daß dieser Beweis des Reichthums die Männer mit hoher Bewunderung, die Rivalinnen aber mit Neid erfüllt. Da es niemals die Würde der Arbeit empfunden hat, dagegen beständig als Lustthier umschmeichelt wird, so erblickt das Kapitalistenweib in der Arbeit etwas Gemeines, Niedriges, im Luxus dagegen etwas Feines, die Krone der Bildung.

Wofern nun das Kapitalistenweib den Luxus nicht zu arg treibt, wird sie von ihrem Manne in ihrer Brunnenschaft gewöhnlich noch unterstützt. Reichthum, unerhörtes Reichthum ist ja des Mannes Ideal. Und ist er nicht reich, so liebt er es doch, reich zu scheinen; er muß etwas repräsentiren, zumal da dieser Schein ihm großen Nutzen bringen, nämlich seinen Kredit befestigen und steigern kann.

Zu solchen kulturgeschichtlichen Betrachtungen regt uns ein Spaziergang durch das Boulevard des Kapitalistenweibes an. Der Krims-Krams, den solch eine Fußkammer zuweilen enthält, ist geradezu unglücklich. Um unseren Lesern einen Einblick in die Herrenschänke kapitalistischer Luft und Eitelkeit zu verschaffen, theilen wir hier einen kleinen Auszug aus dem Toilettenwaaren-Verzeichniß des „Königlichen Hoflieferanten“ Gustav Lohse, Berlin, Jägerstraße, mit.

Das Verzeichniß fällt ein stattliches Bändchen und enthält neben empfehlenden Bemerkungen auch allerlei Abbildungen.

Den Reigen eröffnen die Parfümerien, voran „Lohse's Maiglöckchen-Spezialitäten“, von denen wir „Maiglöckchen-Kopfwasser“, „Maiglöckchen-Toilette-Essig“ und „Maiglöckchen-Puder“ hervorheben, um anzudeuten, was es an derartigem Tande giebt.

Dem deutschen Fabrikat (Mazienblüthe, Flieder, Heu u. s. w.) folgen etwa 40 französische Parfüms und dann wunderliche Düfte aus England, z. B. Cuir de Russie (Fuchts), New mown hay (frisches Heu), „Das berühmte Eß-Bouquet“, „Lavender Water, der berühmteste englische Lavendelduft“, Opponax, Frou-Frou, Kiss-me-quick u. s. w. — „Wer zählt die Vögel, nennt die Namen!“

Eine neue Abtheilung ist überschrieben „Riechliffen-Sachets zum Parfümiren der Wäsche, Taschentücher, Kleider, Handschuhe, sowie des Briefpapiers.“

Damit die Kraft dieser seidenen Beuteln erneuert werden kann, werden allerlei „Riechliffen-Pulver zum Füllen der Sachets“ empfohlen.

Wir kommen zu den Zimmer-Parfüms, und zwar „A. zum Räuchern auf Räucher-Apparat u.“, darunter als ganz besondere Autorität „Parfüm der Kaiserl. Königl. Gemächer“, ferner „B. zum Zerstäuben mittelst „Rafrachiffeur“, darunter:

„Neu! „Flieder“ Zimmer-Parfüm, haltbar im Geruch. — Ferner Veilchen, Nelken, Königin der Nacht u. Zimmer-Parfüm in flachen Flaschen.“

„Frische, gesunde Waldbluth im Zimmer“ durch: Lohse's Coniferen-Duft, (unentbehrlich in Krankenzimmern, geheizten Zimmern). Ferner theilt „Lohse's Coniferen-Spirit“ der Zimmerluft den belebenden Waldgeruch mit, imprägnirt dieselbe mit den ätherischen und balsamisch-harzigen Stoffen, die auf diese Weise direkt in die Athmungsorgane gehen und so ihre anerkannt wohltuende Wirkung entfalten. Die stark opionirende Eigenschaft von „Lohse's Coniferen-Duft“ bedingt seine Anwendung in allen Krankenzimmern u. s. w., da die Luft stets rein und gesund erhalten wird.

„Schwarzwälder Tannenbust.“

Von den „Toilette-Seifen“ fallen uns auf: Allienmilch-Seife, Eßbouquet-Seife, New Mown Hay, Toilet Soap, (wie frisch gemähtes Heu duftend),

Family Brown Windsor Soap, gefertigt nach dem Recept der englischen „Family Windsor Soap“, in Kästen zu 42 Stück.

Es giebt auch Medizinische Seifen, z. B.:

Schwefel-Theer-Seife gegen Hautkrankheiten, Birken-Theer-Seife, Borax-Seife, Benzoe-Seife, Karbol-Seife, Camphor-Seife (gegen Frost), Salicylsäure-Seife, Thymol-Seife, Lanolin-Crème-Seife, Jodhol-Seife, Neul Sublimat-Seife, Krankenheiler (aus Tölz) Jod-Soda-Seife, Krankenheiler Jod-Soda-Schwefel-Seife, Gebr. Ueber's Erdmannsöl-Seife, Dr. Borchardt's Kräuter-Seife.

Von den diversen Seifen nennen wir: Lohse's Silber-Putz-Seife, Lohse's Gall-Seife (zur kalten Wäsche, für Stoffe jeden Gewebes), Bartdauher Glycerin-Seife, Nieger's Transparent-Seife, Nieger's Krythall-Nasir-Seife in rothen Gläsern, Nieger's Krythall-Nasir-Seife, in Metall-Gläsern, Indische Blumen-Seife, Heine's Centrifugirte Kinder-Seife, Heine's Centrifugirte Familien-Seife.

Von den vielen Haut- und Toilettenwassern zeigen uns:

Lohse's Schönheits-Vienenmilch. Seit 50 Jahren das bewährteste Hautwasser, Sommersprossen, Sonnenbrand, Rösche, sowie alle Hautunreinigkeiten sicher zu entfernen und dem Teint ein blendend weißes, frisches Aussehen zu verleihen (weiß, rosa, gelb) ganze Flasche Mk. 3.

„Eau de Lys de Lohse“ ist unschätzbare bei großer Hitze, auf Reisen, gegen Staub, im Seebade u.

Lohse's Gesundheits-Toilette-Essig, zur Erfrischung der Haut beim Baden und Waschen; gegen Kopfschmerz und Nervenabspannung.

Nun stäuben uns verschiedenfarbige Wolken von „Tages- und Abend-Puder“ entgegen, darunter „Lohse's Poudre Pompadour“ (Extrait de Fleurs des Indes) hochfeiner Puder für Gesellschaften und Bälle; in weiß, rosa und gelb chamois (sehr haltend). — Lohse's Poudre Viktoria (leichter Puder zur Kühlung und den Glanz von der Haut zu entfernen).

Allerlei Werkzeuge zum Pudern folgen.

Daran schließen sich „Diverse Hautpräparate“, z. B.: Lohse's Hand- und Waschlpuver (wie Seife angewandt), um die Hand weiß und glatt zu machen und der Haut sammetartige Geschmeidigkeit zu verleihen. — Jones, Paris, Fluide Jatif (Hand- und Gesichtswasser) macht die Haut zart und weich, ohne zu fetten, entfernt Rösche der Hände und bewahrt sich vortrefflich für aufgesprungene Haut, Lippen u. — „Poudre Rimon de Venclou“, feinste lose Schminke, sehr festhaltend, für Gesicht, Arme und Hals, insbesondere für Bälle und Theater. In weiß, hellrosa und dunkelrosa. — Lohse's Jacarnat. Vorzüglich flüssige rothe Schminke, auf der Haut unveränderlich bei Einwirkung von Licht oder Transpiration, giebt dem Teint ein schönes, natürliches Kolorit und läßt Gesichtsfarbe nicht erkennen. — Lohse's Eau Purpurine (carnation éternelle), den Wangen und Lippen ein schönes Roth zu geben.

Zum Abschminken dienen: Kakaobutter in Stangen, Hasenpfoten.

„Für Augenbrauen und Augenwimpern“ allerlei.

Zur Pflege der Nägel. Lohse's Nagelpomade gegen Sprödigkeit des Nagels. Dr. Pray's (Newyork) Nagelwasser „Ongoline“ entfernt Flecken aller Art von der Haut und den Nägeln und befestigt spröde Nägel. — Dr. Pray's (Newyork) Nagelpomade „Rosaline“ giebt dem Nagel die schöne rosa transparente Farbe. — Dr. Pray's (Newyork) Diamant-Nagel-Pulver zum Poliren der Nägel, giebt dem Nagel den Glanz eines Brillanten. — Dr. Pray's (Newyork) Nagel-Papier, nach dem Schneiden der Nägel anzuwenden; auf diese Weise die Nägel gleichmäßig zu feilen.

Eine Unmenge von Präparaten dient den Haaren: Haarwasser, Haarböle, Haarpomade, Bartpomaden und Crèmes, Haarpuder, Haar- und Bartfärbungsmittel, Mittel zur Enthaarung.

Dann folgen: Präparate für die Zähne und den Mund. Gegen Migräne und Kopfschmerz.

Zur Erfrischung des Athems:

Prince Albert's Cachous (gegen Tabakgeschmack). — Eau de Fleur d'orange (zum Trinken) zur Beruhigung der Nerven, gegen Schlaflosigkeit; (auch vortrefflich als Munderfrischung nach Tisch).

Ein Heer von Kämme, Bürsten und Pinseln zu allerlei Zwecken marschirt zur Auswahl vor.

Ein Unfirt zieht den andern nach sich: Luxuriöse Puderboxen, Ständer zum Trocknen der verschiedenen Zahnbürsten, Reuheiten in seidnen Nischtsen, Bonbonnières u. s. w. werden uns durch das Verzeichniß vorgestellt.

Als ich diese wunderliche Liste der Lieblinge unseres „faßen Pöbels“ durchstudirt hatte, war mir anfangs

... von alledem so dumm,

„Als ging mir ein Mühlrad im Kopfe herum; dann aber stieg in mir Entrüstung auf, und ich gedachte dessen, was Leo Tolstoj, der erhabene Prediger der Schlichtheit, in seinem neuesten Werke „Die Kreuzersonate“ sagt: „Besuchen sie in einer großen Stadt die Waarenhäuser. Millionen steden hier, unschätzbare menschliche Arbeitskraft. . . . Aller Luxus des Lebens dient den Frauen und wird von ihnen gefördert. Gehen Sie alle Fabriken durch. Ein ungeheurer Theil von Ihnen fertigt unnützen Schmuck für die Frauen. Millionen von Menschengeschlechter von Arbeitern gehen zu Grunde in dieser Galeerenarbeit der Fabriken nur um weiblicher Liebhabereien willen. Wie Fürstinnen auf dem Throne, halten die Frauen neun Zehntel des Menschengeschlechtes in den Fesseln der Anechtschaft und schwerer Arbeit.“

Doch getrost! Ueber den Sumpf der Bourgeoise mit seinen tausenderlei Sumpfgeschöpfen weht ein frischer Hauch, und in der Ferne ballen sich dunkle Wolken zusammen, die ein herrliches Gewitter versprechen, einen Vollenbruch, eine Ueberschwemmung, eine Erfrischung der Luft und Erneuerung der Gewässer. Das sieghafte, neue erfrischende Wasser heißt Proletariat.

### Praktischer oder unpraktischer Vorschlag?

(Eingekandt.)

? Unter der Ueberschrift „Ein praktischer Vorschlag“ finden wir im „Berliner Volksblatte“ einen Aufsatz, der eine von „organisirten Arbeitern“ in der Schweiz getroffene Einrichtung auch deutschen Arbeitern empfiehlt.

Es handelt sich um die auch bei uns schon früher vielfach angewendete Form der Konsumvereine, die man als „Rabattspare-Vereine“ zu bezeichnen pflegt. Es wird mit einem Lieferanten ein Vertrag abgeschlossen, der z. B. für den Abschluß mit einem Schlächter lautet:

„Der Lieferant ist verpflichtet, den Mitgliedern des Verbandes gegen Vorweisung eines von demselben ausgestellten Nachweises die sämtlichen Fleischwaaren in guter Qualität und gutem Gewicht zu 10 pSt. unter dem Tagespreise des Ortes zu verabfolgen und dabei die Wünsche der Kon-

sumenten hinsichtlich der Wahl des Fleischstückes bestmöglichst zu berücksichtigen.

Die Abgabe des Fleisches geschieht gegen baar; dem Lieferanten steht es jedoch frei, zu kreditiren.

Von der Preisermäßigung von 10 pSt. kommen 7 pSt. dem Konsumenten und 3 pSt. der Kasse des Verbandes zu und werden die bezüglichen Prozentbeträge je nach Verlauf eines Monats baar ausgezahlt.“

Es wird nun weiter erzählt, daß in Wintertthur 160 verheiratete Mitglieder unter genannten Bedingungen Fleisch bezogen haben, das in einem Monate einen Werth von 3413 Frank darstellte, daß aus diesem Umsatze also 102 Franken in die Kasse der Organisation, 239 den Mitgliedern gezahlt worden und daß allseitige Zufriedenheit mit dieser Einrichtung bestände.

Den deutschen Arbeitern wird Nachahmung empfohlen.

Wir müssen da doch ein Warnungszeichen aufstecken.

Wie schon gesagt, sind, auch besonders in Berlin, ähnliche Versuche schon vielfach gemacht, und immer nach kurzem Bestehen wieder aufgegeben.

Der Vorschlag hat nämlich zur Voraussetzung, daß die Verkäufer von Waaren in der Regel so großen Vortheil beim Verkaufe haben, daß sie 10 pSt. daran missen können und doch noch ein gutes Geschäft machen. Diese Voraussetzung trifft aber in der Regel nicht zu.

In den Kolonialwaarenhandlungen wird gerade bei den Waaren, die am meisten gehen, die eigentlich das Geschäft machen, bei Kaffee, Zucker, Reis u. s. w. mit einem Gesamtnutzen umgeschlagen, der sehr häufig weit unter 10 pSt. des Einkaufspreises bleibt. Es geschieht dies in der Regel in den großen Handlungen, die sich durch Lieferung guter Waare auszeichnen. Wenn ein kleineres Geschäft mit größerem Nutzen zu verkaufen sucht, so kann es das nur erzielen, indem es schlechtere Waare für denselben Preis liefert, den die größere Handlung für gute Waare nimmt, oder indem das kleinere Geschäft an Gewicht abbricht, oder gar die Waare fälscht.

Ein Konsumverein, der Waaren einkauft und wieder verkauft, der kaufmännisch betrieben und gut geleitet wird, kann unter Umständen seinen Mitgliedern gute Waaren zu billigen Tagespreisen liefern und eine annehmbare Dividende zahlen. Man mag sich aber erkundigen, wie hoch diese Dividende ist, dann wird man sehen, daß es einem soliden und ehrlichen Geschäftsmanne in der Regel unmöglich ist, ohne an der Waare, sei es in der Güte, sei es im Gewichte abzuzehren, einen so erheblichen Rabatt zu geben, wie er hier verlangt wird.

Der Betrug an der Waare, das Unterschieben schlechterer Sorten für bessere ist ja durchaus nicht schwer. Man gehe doch in ein größeres Kaffeegeschäft und sehe sich da die Sorten und die Verschiedenheit der Preise an, dann wird man leicht einsehen, wie für den gewöhnlichen Käufer es eine reine Vertrauenssache ist, wenn er eine bestimmte Waare kauft. Er besitzt in der Regel nicht die Waarenkenntniß, um die Preiswürdigkeit der Waare zu schätzen. Wie will man es verhindern, daß man statt eines Kaffees zu 1,40 Mk. für das Pfund einen ihm ganz ähnlich aussehenden für 1,20 Mk. erhält?

Wer hat nun bei 10 pSt. Rabatt den Gewinn?

Ein Kaufmann aber, der verspricht, auf Kaffee 10 pSt. Rabatt zu bewilligen, muß betrogen

Seben doch an vielen Orten die sämtlichen Bäcker der gesammten Kundschaft gewohnheitsmäßig auf 6 Stück Brode zu 50 Pfennigen das siebente als Rabatt, oder wenn man einzeln kauft, auf jedes Brod für 50 Pfennige eine „Zugabe“ von 5 Pfennigen. Es gehört wirklich die ganze Dentunfähigkeit dazu, die unserem Volke in den Schulen anezogen wird, um sich durch ein so plumptes Mandover täuschen zu lassen, und zu glauben, der Bäcker gebe dabei etwas von seinem Profite ab, den er glaubt nehmen zu müssen.

Was nun besonders die „Tagespreise“ anbetrifft, so weiß jede Hausfrau, daß die Fleischpreise in demselben Orte in den verschiedenen Schlächtereien oft ganz erheblich von einander abweichen. Es liegt das ohne Zweifel in der Hauptsache an dem verschiedenen Werthe des Viehes, das die verschiedenen Schlächter, ihrer Kundschaft angemessen, schlachten.

In den Berichten über die Viehmärkte finden wir an einem Markttage Unterschiede, die z. B. für 100 Pfd. Fleischgewicht für Rinder einmal zwischen 56 Mark und 48 Mk., für Schweine zwischen 58 Mk. und 52 Mk. schwanken. Welcher Preis ist nun „Tagespreis“? Wie will man es verhindern, daß den bekannten Rabattkunden die billigere Waare mit dem theueren Tagespreise angerechnet wird?

Wir haben in Berlin mit einem solchen Rabattsparevereine im Jahre 1884 und 85 eine lehrreiche Erfahrung gemacht. Obgleich dieser Verein nicht einen solchen ganz unverhältniß hohen Rabatt verlangte, sagten sich doch bald alle guten Geschäfte von ihm los, es blieben ihm nur die weniger gewissenhaften Kaufleute. Das merkte aber sofort die den wohlhabenderen Ständen angehörige Kundschaft, die besser als die Arbeiter im Erkennen von Waaren geübt ist, und nun blieb die Kundschaft fort, so daß der Verein sich auflösen mußte.

Ein einziger Rabatt ist zulässig und auch heut in manchen Geschäften im Kleinverkauf üblich, im Großverkauf fast überall angewendet. Es ist dies der Rabatt für Baarzahlung, der aber auch über zwei Prozent hinaus kaum gewährt werden kann, wenn das Geschäft noch als ehrlich gelten soll. Wäre das System der Rabattsparevereine ein gutes und gesundes, so könnten wir gegen das System der indirekten Steuern nicht das Geringste einwenden.

Der Rabatt ist eine Abgabe, die der Verkäufer hier an die „Organisation“ der Arbeiter zahlt. Die indirekte

Steuer ist eine Abgabe, die der erste inländische Inhaber der Waare an den Staat zahlt. Von dem letzteren nehmen wir ohne jeden Zweifel an, daß diese Steuer in der Regel dem Verbraucher zur Last fällt, dem, wenn er den gleichen Preis anlegen will, eine um den Steuerbetrag weniger werthe Waare geliefert werden muß, oder dem der Preis der Waare bei gleichem Werthe derselben um die Steuer erhöht wird.

Soll nun die an die „Organisation“ gezahlte „Abgabe“ nicht ebenso vom Verkäufer eingebracht werden?

Glaubt man wirklich, daß der Verkäufer etwas verschonen wird?

Den Vortheil, den er durch eine sichere Kundschaft erhält, ist freilich in Betracht zu ziehen, und würde eine Bevorzugung dieser Kundschaft rechtfertigen. Die Geschäftsleute, die sich die zahlungsfähige und viel verbrauchende Kundschaft zu sichern suchen, und dies oft mit geradezu staunenswerthem Erfolg erreichen, sind dazu nicht durch einen Rabattbuck, sondern durch das Liefern von ganz vorzüglichen, tadellosen Waaren zu angemessenen Preisen gelangt. Die wüthende Konkurrenz, die sich der Kleinhandel aller Orts macht, und die Leichtigkeit, mit welcher man von einem Laden zum anderen gelangen kann, lassen die sachverständige Kundschaft bald ihren wahren Vortheil finden. Der auf die wohlhabenden Klassen sich stützende Berliner Konsumverein, der Hausfrauen-Verein, verachte sofort, als er es versuchte, durch höheren Rabatt zu locken, und dazu natürlich an dem Werthe der Waaren abbrechen mußte. Es ist also eine feste Kundschaft guter Käufer viel eher durch andere Mittel als durch das Rabattbuch zu erlangen, der solide Kaufmann zieht diesen anderen Weg vor. Er kann unmöglich auf solche Bedingungen eingehen, wie sie der „Vorschlag“ darstellt, ohne an seiner Solidität Schaden zu nehmen. Wer uns im Kleinhandel 10 pCt. Rabatt bietet, von dem kaufen wir nicht, er ist nicht ehrlich, er will überorthellen.

Die drei Prozent, die die Organisation erhält, kommen also als indirekte Steuer aus den Taschen der Arbeiter. Sie haben alle Vortheile und Nachteile der indirekten Steuern. Was man für diese sagen kann, gilt auch für den Rabatt, was man gegen sie sagen kann, gilt für ihn ebenfalls. Da mag sich jeder damit abfinden. Die sieben Prozent, die der Arbeiter zurückerhält, sind im allerbesten Falle, wenn der Kaufmann ein Musterbild der Ehrlichkeit und Treue ist, zu etwa einem Drittel eine wirkliche Vergütung des Verkäufers, ein Nachlassen am Profite beim Verkauf, die der Kaufmann der Kundschaft wegen leistet. Mehr wie ein bis zwei Prozent kann er in der Regel beim besten Willen darauf nicht verwenden. Die anderen 5 bis 6 Prozent sind eine Ersparniß, durch welche dem Arbeiter zurückergeben wird, was man ihm vorher zu viel abgenommen hat.

Er wäre ebensoweit gekommen, wenn er z. B. beim Einkauf eines jeden Pfundes Kaffee in einer guten, ersten Handlung — etwa 7 Pfennige in eine Sparsbüchse gelegt, und sich den Kaffee um soviel theurer angerechnet hätte.

Wer zu solchen Ersparnissen nicht die Mittel hat, der wird durch den Rabatt auch nicht verbessert, denn er wird das Fehl an anderem Orte merken. Wer die Mittel aber die Energie nicht hat, nun, dem wird eine Beihilfe geleistet, wenn der Kaufmann die Sparspennige für ihn aufbewahrt. Ist der Kaufmann aber nicht ein solches Muster von Ehrlichkeit und Treue, so wird er es so einrichten, daß der Arbeiter die Mühe, die das Aufbewahren der Sparspennige macht, noch theurer genug bezahlen muß, er wird erheblich mehr eingeschossen haben, als er zurückerhält.

Daß ein solcher Vorschlag, der sich bei uns vielfach abgewirksam hat, aus der Schweiz kommt, wundert uns durchaus nicht. Wer Gelegenheit gehabt hat, die dortige Arbeiterbewegung so recht vom Grunde aus kennen zu lernen, wer die bis zur Kraftlosigkeit gehende Vereinspielerei, Trommlerei, Fahnen-schwenkerei und den wirklich erstaunlichen Indifferentismus in den eigentlichen Arbeiterfragen dort aus dem Grunde kennen gelernt hat, den wird so etwas nicht wundern. Man kann dort zwar zum Anhören eines „berühmten Mannes“ einige Male ein volles Haus machen, das recht angeregt und anregend werden kann. Wenn man aber den Sitzungen der Fachvereine, der Ausschüsse, der Zentralkomitees u. s. w. beiwohnt, wenn man die Arbeiterbewegung dort an der Quelle studirt, wenn man es mit erlebt hat, wie die Gesamtvorstände der Fachvereine eines angenehmen Ortes drei bis vier Stunden darüber verhandeln, ob zur Dedung eines Fehlbetrages von 1200 Franken, den ein Streik zurückgelassen, der überhaupt nur etwa 3000 Franken gekostet hatte, eine Extrasteuer von 20 oder 30 Rappen (1,60 bis 2,40 Mk.) vierteljährlich den Mitgliedern aufzuliegen möglich ist; wenn man dabei gehört hat, daß einzelne Vorstände behaupteten, ihre Fachvereine würden sich auflösen, wenn man ihnen 30 Rappen für den Kopf vierteljährlich auflege; wenn man erlebt hat, wie eine solche Versammlung der Gesamtvorstände der Fachvereine eine Ansprache eines anwesenden Deutschen nicht zuließ, weil man befürchtete, er würde das politische Gebiet streifen, das man in der freien Schweiz aus den Arbeiter-Fachvereinen mit der größten Aengstlichkeit ausschließt; dann wird man begreifen, wie einschüchternd auf diese Vereine und Organisationen nur einigermaßen zusammen zu halten, nach jedem Strohhalm greifen müssen. Wir machen diesen Personen daraus keinen Vorwurf, sie können nicht anders.

Wir Deutsche aber, die wir einen ganz anders ge-

bildeten und geschulten Arbeiterstand haben, der in viel größeren Verhältnissen lebt, also auch einen viel weiteren Blick hat, dem besonders im Gebiete der „Selbsthilfe“ und der Spartheorie sehr viele Erfahrungen zur Seite stehen, so daß er sich durch solche Trugbilder nicht mehr verlocken läßt, wir haben die Pflicht, solche Vorschläge auf ihren wahren Werth kalt zu prüfen.

Wir haben gerade jetzt doppelt die Pflicht dazu, da sich ein Theil der Vertreter dieses abgethanen Selbsthilfesystems mit Zudringlichkeit an uns herandrängt durch Hezerei und einen Keil in unsere Geschlossenheit augenscheinlich zu treiben sucht.

Wir können für uns nur Rekruten werben, die auch brauchbare Soldaten unserer Sache werden, wenn wir die Schädlichkeit der privatkapitalistischen Wirtschaftsweise und die Vergeblichkeit, diese Schädlichkeit mit kleinen „freisinnigen“ Sparmitteln zu bekämpfen, dem Arbeiter erweisen und ihn von allen Berfleisterungsversuchen möglichst fern halten. Die Rekruten, die durch solch einen Rabattparverein gewonnen werden, nützen in der Stunde des Kampfes nichts, sie laufen schon fort, wenn sie den gehofften „Gewinn“ nicht haben. Dieser kann eine solche Einrichtung aber nicht geben.

Wir sind natürlich weit davon entfernt, dem Berliner Volksblatt einen Vorwurf daraus zu machen, daß es diesen „Vorschlag“ veröffentlicht. Wir halten es vielmehr für sehr gut, wenn solche Angelegenheiten, die sich uns immer wieder in den Weg werfen, sachlich und leidenschaftslos geprüft und sachverständig besprochen werden. Wir freuen uns, durch das V. B. dazu die Gelegenheit erhalten zu haben.

### Landlords und Pächter in Irland.

Die englische Regierung will 600 Millionen Mark aufwenden, um die irischen Pächter — so weit sie wollen, zu Landbesitzern zu machen, indem sie ihnen behilflich ist, ihre jetzigen Pachtungen den Landlords abzukaufen. Genau gesagt: sie will eigentlich keinen Groschen Baargeld an die Sache wenden, sondern übernimmt bloß die Garantie für die Bezahlung des Kaufschillings und der Zinsen auf denselben, bis er völlig entrichtet ist. Sie giebt also eine Art „Grundentlastungs-Obligationen“ aus, wie es in unseren Staaten bei der „Bauern-Beistellung“ geschehen ist.

Der Regierungs-Sekretär für Irland, Balfour, hat den Plan im Parlament weitläufig dargelegt. Ihm kam es zunächst darauf an, zu beweisen, daß der englische Steuerzahler kein gefährliches Risiko mit der Uebernahme der Garantie laufe. Dieses Kapitel interessiert uns wenig.

Dann führte er aus, was der irische Pächter dabei profitire: zunächst braucht er die Pachtsträcker nicht zu bezahlen, durch diese wird ein Strich gemacht; der Zinsfuß ist so gestellt, daß der Pächter nunmehr für Zinsen und Amortisation vier Fünftel der seitherigen Pacht für zehn Jahre und sieben Zehntel der Pacht für weitere 45 Jahre zu bezahlen hat. Dann ist er Eigentümer des Landes. Der Verkaufspreis soll höchstens den 25fachen, durchschnittlich den 20fachen Betrag der Jahresrente ausmachen.

Kein Landlord ist gezwungen, zu verkaufen. Dieses Gebot ist überflüssig, da die Großgrundbesitzer unter solchen Bedingungen mit Vergnügen verkaufen werden. Ihre Landbonds können sie sich gegen britische Konsols austauschen, die 2<sup>3</sup>/<sub>4</sub> bis 3 Prozent Zinsen bezahlen. Das Resultat dieses Planes wäre also, daß die Landlords ihren Besitz zum vollen jetzigen Werth oder wahrscheinlich noch ziemlich darüber, verkaufen und ein absolut sicheres, mit keinerlei Ausgaben verknüpftes Einkommen erhalten, auch ihre Bonds jederzeit ohne Verlust in Geld umwandeln können. Gewiß ein sehr gutes Geschäft.

Aber dafür ein sehr schlechtes für die Pächter. Und zwar aus folgenden Gründen.

In der ganzen Welt, ausgenommen da, wo künstliche Einwirkungen es verhindern, sinkt heute überall der Werth des Landes. Verhindert wird dies durch hohe Zölle auf Ackerprodukte, wo diese im Inland nicht zur Ernährung der Bevölkerung ausreichen — z. B. jetzt in Deutschland. Wo das aber nicht der Fall, gehen trotz der allenthalben zunehmenden Bevölkerung die Landpreise zurück. Die Ursachen dafür sind an dieser Stelle schon öfters dargelegt worden: die technischen Verbesserungen in der Landwirtschaft und die Leichtigkeit, Billigkeit und Schnelligkeit des Weltverkehrs.

Wo die Klasse der Grundbesitzer gegen die Wirkungen dieser Ueberproduktion nicht „geschützt“ wird, da erfolgt notwendig ein Rückgang der Landrente.

In Großbritannien dagegen wäre es möglich, gerade wie in Deutschland, die Rente durch künstliche Machinationen hoch zu halten. Allein das hätte zu geschehen auf Kosten der Industrie. In England bildet die Landbevölkerung jedoch nur 14 Prozent der gesamten Einwohnerschaft. Die Schlacht zwischen dem mobilen Kapital und dem Grundbesitz ist dort endgültig zu Gunsten des ersteren ausgefochten worden und an die Einführung von Lebensmittelpöhlen denkt dort kein Mensch.

Vor dreißig Jahren war die Einführung des Freihandels in England noch nicht ein so fürchtbarer Schlag gegen den Grundadel; damals gab es noch nicht viel überseeischen Wettbewerb. Aber binnen zehn Jahren, von 1875 bis 1885, hat der Werth des Landes in England und Wales nach zuverlässigen Schätzungen um 8 Milliarden Mark abgenommen und obendrein haben die Pächter, die durch Kontrakte gebunden waren, weitere 2000 Millionen Mark zugelegt, weil der Werth der Farmprodukte gewaltig gesunken ist.

Dieser Prozeß des Herabgangs des Landwerthes ist aber noch lange nicht abgeschlossen. Er wird auch nicht zu Ende sein, solange beständig neue Ländereien erschlossen werden und deren giebt es in vier Welttheilen noch viel, viel mehr, als jetzt unter Kultur sind. Die Bevölkerung kann bei größter Fruchtbarkeit der ländlichen Produktion gar nicht nachwachsen und der Pfaffe Malthus ist mit seiner berüchtigten Theorie kläglich ad absurdum geführt.

Die Landrente wird also noch viel weiter sinken. Auch in Deutschland wird die künstliche Absperrung fallen müssen, wenn die industrielle Bevölkerung noch mehr an Gewicht zunimmt. Dann giebt es einen Krach im Lager der Blaublütigen, der sie der — „Verstaatlichung“ des Landes sehr geneigt machen wird, vorausgesetzt, daß sie es zu einem guten Preis loswerden.

Da also die Tendenz des Rückganges der Preise besteht und noch lange bestehen wird, so wäre es geradezu Verrath an ihrem Volke, wenn die irischen Führer auf den Plan der Tories eingingen. Sie werden es sicherlich nicht thun, aber aus anderen Gründen, hauptsächlich weil sie mit der Durchführung des Gesetzes nichts zu thun haben sollen.

Dabei ist M. Davitt immer ausgenommen, der weder die närrische Idee hat, in diesem Zeitalter der Konzentration Kleinbauern zu schaffen, noch zugeben wird, daß der Landlord auf Kosten der Behauer des Landes zum Pensionär gemacht werden soll.

Offentlich helfen auch die englischen Arbeiter einen Strich durch den Plan machen.

### Der Einfluß des internationalen Bimetallismus auf die Arbeitslöhne in Deutschland.

I.

E. S. Seit etwas mehr als 10 Jahren ist in Deutschland eine Agitation im Gange, die, ursprünglich von der Agrarier-Partei inscenirt, darauf abzielt, die auf Grund der beiden Münzgesetze vom Jahre 1871 und 1873 in Deutschland eingeführte Goldwährung abzuschaffen und an deren Stelle das bimetallistische Münzsystem zu setzen. Bisher hat man diesen Bestrebungen im großen Publikum, ganz besonders aber in der Arbeiterwelt nicht die gebührende Beachtung geschenkt, einmal weil man sich über ihre Tragweite, ihre Ziele und Zwecke nicht vollkommen klar war, sodann aber — und das dürfte der Hauptgrund sein — weil, nach den parlamentarischen Debatten über die alljährlich im Reichstage eingebrachten Anträge der Bimetallisten zu urtheilen, die Reichsregierung an dem status quo festzuhalten geneigt scheint und somit die Gefahr, daß die bimetallistische Agitation in ein akutes Stadium eintreten könnte, vorläufig ausgeschlossen bleibt. Außerdem erfuhr diese Frage im Reichstage stets eine so doktrinaire Behandlung, daß der Fernersehende nur ein verschwommenes Bild von dem Währungsstreit zu erhalten vermochte; er mußte in den Glauben versetzt werden, als handle es sich um eine rein akademische Erörterung, die einer eingehenden Beachtung nicht werth sei. Beide Parteien vermieden im Reichstage geflissentlich, auf den Kern der Frage einzugehen, sie gefielen sich vielmehr in den usancemäßigen theoretischen Salbadereien, welche immer vorzukommen pflegen, wenn die Wirkungen einer wirtschaftlichen Maßregel vor der Hand der großen Masse verborgen bleiben sollen.

Vor der Einfluß der monetären Verfassung auf die wirtschaftlichen Zustände Deutschlands und den internationalen Handelsverkehr von der Partei der deutschen Steuer- und Wirtschaftsreformer mit dem ihr eigenen Instinkt für Profitmacherei erkannt wurde, handelte es sich bei der Frage: ob Goldwährung oder Doppelwährung vorzuziehen sei, allerdings nur um einen Prinzipienstreit unter den amtlich geachteten Vertretern der nationalökonomischen Wissenschaft, der jedes Interesse entbehrte, weil diese Herren in Unkenntniß des wirtschaftlichen Verkehrs bald auf diesem, bald auf jenem Standpunkt zu finden waren. Mit um so größerer Gründlichkeit haben die Agrarier und in ihrer Gefolgschaft die Industriellen das Wesen des Währungsstreits erfaßt und die Vortheile für ihre Selbstinteressen erkannt, welche die Beseitigung der Goldwährung in Deutschland ihnen bieten würde. Der Währungsstreit in der Gegenwart ist somit keine harmlose Doktorfrage mehr, sondern zum Brennpunkt einer mächtigen Interessentkoalition geworden. Nach diesen Gesichtspunkten betrachtet, gewinnen die auf den Umsturz der bestehenden Währungsverhältnisse gerichteten Bestrebungen der Großgrundbesitzer und Industriellen für alle diejenigen Volksschichten eine weitreichende Bedeutung, auf deren Kosten sich die Ersteren das irdische Dasein bisher so recht angenehm zu gestalten verstanden. Das sind aber in erster Reihe die Arbeiter, im weiteren Sinne alle Salariatirten.

Der Ansporn zur Produktion unter der heutigen Wirtschaftsordnung geht aus von dem Unternehmergewinn; denselben so hoch wie möglich zu schrauben, ist das ausschließliche Streben der landwirtschaftlichen wie industriellen Unternehmerschaft. Abgesehen von maschinellen Verbesserungen im Betriebe oder etwaiger Kapitalkonzentration wird diese Absicht erreicht durch Niedrighalten der Arbeitslöhne sowohl als durch Preissteigerung der in Verkehr gebrachten Waaren. So hoch auch innerhalb des letzten Dezenniums durch die Einwirkung der Zollgesetzgebung, des Export-, Prämien- und Branntweinsteuer-Systems, sowie ähnlicher, die privilegierten Klassen begünstigenden Einrichtungen der Unternehmergewinn in Industrie und Landwirtschaft gestiegen ist, so fällt derselbe doch keineswegs den Selbhunger unserer Großindustriellen und Großgrundbesitzer. Das Verlangen nach höheren Profiten

steigerte sich proportional mit den erzielten Erfolgen. Eine allgemeine Herabsetzung der Arbeitslöhne, obwohl vielfach versucht, hätte an dem organisierten Widerstande der Arbeiterschaft scheitern müssen; was war also natürlicher, als durch eine umfangreiche Preissteigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Erzeugnisse diese unlauteren Absichten zu verwirklichen. Die hierzu zu Gebote stehenden Mittel: wie Schutzzölle, Kartelle, Preiskonventionen sind denn auch seitens der Interessenten in ausgiebiger Weise zur Anwendung gebracht worden, indessen wird selbst die geduldigste Masse der Konsumenten eine auf diesem Wege kontinuierlich fortschreitende Vertheuerung ihrer Bedürfnisse auf die Dauer kaum ertragen wollen. Es müßte endlich — wenn leider auch erst nach längerer Zeit — eine Reaktion gegen die frivole Belastung der Konsumenten eintreten.

Dieser Ansicht haben sich auch die Agrarier nicht verschlossen. Ihr ausgeprägter Geschäftssinn ließ sie jedoch nicht im Stich. Sie suchten nach weiteren Auskunfts-mitteln, um den Unternehmergewinn durch Preisdrückerei in den von ihnen erzeugten Produkten auf eine unnatürliche Höhe bringen zu können und fanden bald heraus, daß eine Abänderung des in Deutschland geltenden Währungssystems nicht allein ihre Ziele fördern würde, sondern auch die durch eine solche Maßregel zu rufenden Bevölkerungsschichten über Ursache und Wirkung derselben zu täuschen geeignet wäre.

Aus diesen Beweggründen heraus ist in Deutschland die bimetalistische Agitation unter der agrarischen Partei entstanden, wie viel zur Entfaltung derselben noch der amerikanische Dollar beigetragen hat, wird sich aus den nachfolgenden Erörterungen ergeben lassen. So edle Bestrebungen mußten selbstverständlich in den Herzen der Großindustriellen ebenfalls eine nachhaltige Begeisterung finden, denn auch sie vergrößern ja zu gern ihre Profitrate auf Kosten derjenigen, die in diesem Jammerthal für sie arbeiten und im Jenseits den Lohn dafür empfangen sollen.

Ziele und Zwecke der von den beiden genannten Interessentengruppen in's Leben gerufenen Agitation sind also darauf gerichtet, durch Abschaffung der Goldwährung und Einführung der Doppelwährung in Deutschland nicht nur eine allgemeine Preissteigerung der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte herbeizuführen, sondern geradezu eine Preisrevolution hervorzurufen, wobei die Unternehmergewinne sich unverhältnismäßig vergrößern würden, während die Arbeitslöhne und die Saläre der im Privat- und Staatsdienst gegen ein festes Einkommen angestellten Personen nominell dieselben blieben, an Kaufkraft gegen früher aber bedeutend einbüßen würden. Es handelt sich bei dem Plane der Bimetalisten — in einem Wort gesagt — um eine äußerlich nicht sichtbare Münzverschlechterung, die aber im internationalen Handelsverkehr gegenüber den Ländern mit Doppel- oder Papierwährung zum prägnantesten Ausdruck kommt und wodurch in erster Linie der Großgrundbesitz, in zweiter aber die Exportindustrie durch erhöhte Waarenpreise einen bedeutenden Nutzen ziehen würden. Würde dieser Nutzen auf Kosten des Auslandes realisiert werden können, so ließe sich natürlich gegen die erstrebte Veränderung der Münzverfassung nichts einwenden, allein einer derartigen chimärischen Auffassung huldigen selbst die engagirtesten Bimetalisten nicht. Was dieselben wollen, ist eine Haufe der inländischen Waarenpreise bei gleichbleibenden Arbeitslöhnen; eine Wirkung, wie sie jede Münzverschlechterung, ob absolut oder relativ, unbedingt haben

muß. Die Nachteile einer Beseitigung der Goldwährung in Deutschland würden mithin für die Arbeiter, die Privat- und Staatsbeamten am aller fühlbarsten werden. Aus der bimetalistischen Agitation ist zur Genüge ersichtlich, daß sich das großkapitalistische Unternehmertum in Industrie und Landwirtschaft nicht mehr auf Palliative zur Befriedigung seiner zunehmenden Begehrlichkeit einläßt; nach dem Rezept: schnell, gründlich und allgemein soll die große Masse der Konsumenten, vornehmlich aber die Arbeiterschaft, einer Entfettungskur in großartigem Maßstab unterworfen werden.

Vorläufig steht allerdings die Reichsregierung der bimetalistischen Bewegung indifferent gegenüber, nichtsdestoweniger ist bei einem Wechsel der leitenden Persönlichkeiten die Möglichkeit vorhanden, daß der Großindustrie und dem Großgrundbesitz in der Währungsfrage Konzeptionen gemacht werden, um ihre Zustimmung zu einer weiteren Fortsetzung der Sozialreform, wodurch sich ja Industrielle und Agrarier finanziell so schwer geschädigt fühlen, zu gewinnen.

Nachdem wir so die Grundtendenz der bimetalistischen Agitation gekennzeichnet haben, sollen die folgenden Betrachtungen über die Währungsfrage den Beweis für unsere Behauptungen erbringen. Zunächst jedoch einige generelle Bemerkungen über die Münzpolitik und die charakteristischen Unterschiede zwischen Gold- und Doppelwährung.

## Gewerkschaftliches, Vereine.

Die Feier des 1. Mai in Hamburg hat noch immer neue Maßregelungen im Gefolge. Erforderlich ist, daß die Plätze der Ausgesperrten nicht durch andere Arbeiter ausgefüllt werden. Es ergeht daher das dringende Ersuchen an die Arbeiter aller Branchen, allen Zugang nach Hamburg fern-zuhalten, bis die Maßregelungen rückgängig gemacht sind. Die Arbeiterpresse wird gebeten, dies Ersuchen möglichst weit zu verbreiten!

An die Metallarbeiter wird hiermit das dringende Ersuchen gerichtet, unter keiner Bedingung nach Dresden zu gehen. Es sind bei der Firma Grimm u. Schulz, Willingerstr. 16, welche schon zu wiederholten Malen für ihre Wertarbeit in Berlin nach Arbeitern gesucht hat, in Folge der Theilnahme an der Feier des 1. Mai 4 Kollegen und zwar Dreher gemahregelt worden. Außerdem stehen die hiesigen Metallarbeiter in verschiedenen anderen Fällen im Kampfe mit den Arbeitgebern. Darum Zugang fern zu halten.

Göppingen, den 28. April. Arbeiter, Freunde und Kollegen! Die Zahl der streikenden Weber beläuft sich auf ca. 200. Duldet Zugang fern. Unsere Forderungen sind gerecht und bestehen hauptsächlich darin: Abschaffung der Prämienlohnzahlung, an deren Stelle 20 pCt. auf die Stüde. Jehntündige Arbeitszeit und 10 pCt. Lohnerhöhung. Hilfe notwendig! Mit kollegialischen Gruß! Das Streik-Komitee. Briefe sind zu richten an das Streik-Komitee der Weber im Gasthaus zum goldenen Rad. Gelder an Karl Moegenbäcker, Jägerstr. 44 in Göppingen.

An alle Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Die Weber und Weberinnen sämtlicher Webereien in Ranneburg bei Gera, haben die Arbeit niedergelegt. Die Zahl der Streikenden beträgt 600. Zugang ist streng fern zu halten. Mit kollegialischem Gruß! Das Streik-Komitee. Alle Sendungen sind zu richten an Ernst Mündel, Vergeltungsgasse, Ranneburg bei Gera.

An alle nicht gewerblichen Arbeiter Deutschlands! Mit Erstaunen finden wir in verschiedenen Arbeiterblättern, auch der „Volkstribüne“, einen von Herrn August Lohberg-Hannover unterzeichneten Aufruf, worin zur Beschickung eines am 8. Juni d. J. darselbst stattfindenden Kongresses aller nicht gewerblichen Arbeiter eingeladen wird. Wir betrachten diesen Kongress als vollkommen überflüssig, das Einvernehmen zwischen allen nicht gewerblichen Arbeitern jedoch und sind uns dafür folgende Gründe maßgebend:

\*) Wir bringen diese Erwiderung auf den Aufruf in voriger Nummer um so lieber, als er einen sehr wunden Punkt in der deutschen Gewerkschaftsbewegung berührt. Die Red.

1. Die vor einigen Jahren entstandene Bewegung der Bau- sowie aller nicht gewerblichen Arbeiter — welche durch Beschluß des vom 8. bis 11. April d. J. tagenden, auch von den Fabrik- und nicht gewerblichen Arbeitern verschiedener Städte (als Berlin, Braunschweig, Magdeburg, Kottbus, Wismar u. s. w.) beschickten Kongresses der Bauarbeiter und Berufsgenossen, definitiv zu einer Vereinigung zwischen Bau- und nicht gewerblichen Arbeitern geführt hat — wird dadurch vollständig negiert, die wichtigste Errungenschaft, der größte Erfolg des Kongresses, die Verschmelzung aller nicht gewerblichen Arbeiter vollständig über den Haufen geworfen, zum mindesten aber in Frage gestellt. Nicht in der Zersplitterung, durch Spaltung in kleine machtlose Organisationen, sondern in dem Zusammenfassen aller Kräfte, in der Verschmelzung aller, durch gemeinsame Interessen auf einander angewiesenen Berufe liegt unsere Macht.

2. Die auf dem Kongress gewählte Agitationskommission ist beauftragt, zum nächsten Jahre einen Kongress aller nicht gewerblichen Arbeiter einzuberufen. Privatpersonen sind also nicht im geringsten ermächtigt, selbstständig, diktatorisch über einen gefassten Beschluß sich hinwegzusetzen, die nochmalige Einberufung eines Kongresses, welcher mit unwesentlichen Änderungen dieselbe Tagesordnung hat, in die Hand zu nehmen. Ueberhaupt sind die Großen der Arbeiter zu höherer, die Sache aller Proletarier mehr fördernden Zwecken anzuwenden als zu Kongressspielerei, und ein nochmaliger Kongress ist überflüssige Spielerei.

Wir Unterzeichneten, die mit Wahrung ihrer vollen Selbstständigkeit vor und während des Kongresses mit aller Entschiedenheit für Lokalorganisation und Vereinigung sämtlicher nicht gewerblicher Arbeiter eintraten, wir bieten unsere Hand nicht, um den mit überwiegender Majorität gefassten Kongressbeschluß umzustößen.

Es hat allseitig Verwunderung erregt, daß Herr Lohberg, der den ganzen Verhandlungen des Kongresses beiwohnte, dieselben also kennen muß, sich zu derartigen Vorgehen entschlossen hat, er handelt direkt im Widerspruch gegen den Kongressbeschluß und ist sein Vorhaben somit lediglich als ein privates zu betrachten, welches eine Beteiligte unsererseits vollständig ausschließt. Sämtliche Berliner Delegirte erklärten bereits im „Volkstribüne“, daß Berlin den Kongress nicht beschickt. Die meisten Städte werden diesem Beispiel folgen. Auch können wir den einzelnen Orten ihre Vertretung durch Hannoveraner Kollegen in keiner Weise empfehlen, wir ersuchen vielmehr dringend, die Kollegen allerorts, den Kongress nicht zu beschicken.

Deshalb kein Delegirter nach Hannover! Magdeburg, den 23. April 1890. Wilhelm Stendel, Fabrikarbeiter; Heinrich Weber, Fabrikarbeiter; Wilhelm Lohberg, Bauarbeiter; Fritz Köster, Otterleben. Im Namen sämtlicher Berliner Delegirter: Fritz Krüger, Niddorf-Berlin.

## Literarisches.

„Die Zeitwinger“, Monatschrift für Volksbildung und Aufklärung. Herausgegeben von Jos. Veranek, Reichenberg (Böhmen), Ladogasse 23. Vierteljährlich Mk. 1.50. Jahrgang I, Heft 2: „Frühlingsgedanken“ von Otto Lichtmann. — „Die Darwin'sche Entwicklungslehre“ von Walthar May. — „Robert Hamerling und seine Werke“ von J. Stern. — „Nothwendigkeit der Gesetzeskenntnis“ von Dr. L. Berg. — „Der fränke Arbeiter“ von Dr. B. Stautner. (Schluß). — „Was ist Krankheit?“ von S. Siegfried. — Gedanken-Berlin. — Verschiedenes. — Literatur.

Allgemeine Dachdecker-Zeitung. Die „Allgemeine Dachdecker-Zeitung“ ist das einzige Organ, welches die Interessen der Dachdecker-Gesellen Deutschlands vertritt und eifrig bemüht ist, dieselben in ihrem gerechten Kampfe zu unterstützen. Die „Allgemeine Dachdecker-Zeitung“ ist in der Postzeitungs-Preisliste unter Nr. 71 eingetragen und kostet pro Quartal 85 Pfg. Man abonniert bei sämtlichen Postanstalten des Deutschen Reiches und allen Buchhandlungen, sowie in der Expedition der „Allgemeinen Dachdecker-Zeitung“, Fritz Hanke, Berlin C., Rosenthalerstr. 16/17.

Protokoll des 1. Deutschen Werkerkongresses und Textilarbeiter-Delegirtenkongresses am 6. bis 9. April 1890 zu Apolda. Apolda, J. Berger. 48 S. Preis 20 Pf.

Der achtstündige Arbeitstag, physiologisch untersucht von B. Henningsen. Kiel und Leipzig, Lipsius und Tischer. 40 S. Preis 50 Pf.

Ignaz Conneemann. Einige Bemerkungen über das Wesen der Grundrente. Würzburg, Stuber. 32 S.

## Briefkasten.

Thüringer Tribune. Vielleicht in nächster Nummer. — Freiburg. Wir lesen das schon zum 100. Male. Warum daran erwidern?

## Empfehlung!

Unterzeichnetener empfiehlt sich zum Verkauf der selbstverfertigten Portraits von **Bebel** und **Liebke** in **Seide** gewebt. Da dieselben gut ausgeführt sind, weder vergilben noch ausbleichen, so hoffe ich auf Unterstützung bei diesem Unternehmen. Preis pro Bild 75 Pfg. in Dtz. 25 pCt. Rabatt excl. Porto gegen Nachnahme. Diese Bilder liegen in Berlin in der Expedition der „Volkstribüne“ zur Ansicht aus.

Ernstthal Ost-St. b. Chemnitz. Herm. Henker.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein **Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal**. 2 Vereinszimmer stehen zur Verfügung. Herrmann Wuttke, Friedrichsbergerstr. 20, pt.

**W. Gründel's Restaurant** (früher: R. Wendt.)

Dresdenerstraße 116. Arbeitsnachweis und Verkehr der Buchbinder, Schlosser, Drechsler, Maler, Töpfer, Stellmacher, Sattler und Gärtner. Reichhaltiger Frühstück-, Mittag- und Abendessen. Vorzügliches Weiß- und Bairisch-Bier. 2 Villards und Regalbahnen. — Saal zu Versammlungen. Fernsprech-Anschluß. Amt 9a. Nr. 578.

**Albert Auerbach,** Berlin S., Kottbuser Damm 7.

Schuh- und Stiefel-Lager für Herren, Damen und Kinder. Reelle Bedienung. — Feste Preise.

Große und kleine Reste zu Hosen und Anzügen, sowie Kleider- u. Regenmäntelstoffe. Seidenplüsch, Trikot zu Tailen, gleich zugeschnitten, auch angefertigt. Albert Karie, Waldemarstr. 66.

## Grosse Versammlung

des **Berliner Arbeiter-Bildungs-Vereins**

am Mittwoch, den 14. Mai, Abends 8 Uhr, im Lokal Schwedterstr. 24.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. — 2. Diskussion. — 3. Allgemeines. — 4. Fragekasten.

NB. Alle diejenigen, welche sich noch im Besitz von Sammelkarten für die erkrankten Mitglieder des Vereins befinden, werden hiermit aufgefordert, dieselben ob beschrieben oder nicht, bis spätestens den 31. Mai an den Vorstand abzuliefern.

Der Vorstand.

J. A.: L. Raasch, Fürstenbergerstr. 11.

Freie Vereinigung der Maurer Berlins und Umgegend

Sonnabend, den 10. Mai ds. Js.:

**Tanz-Kränzchen**

im Restaurant Königsbank, Große Frankfurterstr. 117.

Anfang 7 Uhr. Kaffeepause 12 Uhr. Herren-Billets 50 Pfg. Damen-Billets 25 Pfg.

Billets sind bei folgenden Vorstandsmitgliedern zu haben: J. Bernau, Jionskirchplatz 2, 3 Tr.; G. Dempel, Bülowstr. 51, bei Bankow; W. Schulz, Rosenerstr. 18, Hof 3 Tr.; C. Knöppchen, Or. Frankfurterstr. 112; C. Pfeil, Arndtstr. 11, 3 Tr.; Grahlow, Gultstr. 90a, D. Redmann, Rathenowerstr. 75; H. Fischer, Thierstr. 55; H. Böllner, Joffenerstr. 42; H. Silberschmidt, Steinmehlr. 33; H. Wehke, Oberbergerstr. 10; G. Heinze, Forsterstr. 10; Legeler, Kreuzbergerstr. 77; Gerke, Straßburgerstr. 38; Sydow, Fürstenbergerstr. 10, Hof 3 Tr.; Brunow, Arndtstr. 18; C. Tsch. Al. Frankfurterstr. 10, 4 Tr.; H. Schulz, Ruppinerstr. 46, 3 Tr.

Freunde und Kollegen von nah und fern sind freundlichst als Gäste willkommen.

Der Vorstand.

Aufnahme von Mitgliedern, sowie Entgegennahme von Beiträgen, geschieht in nachfolgenden Zahlstellen:

Norden: Jeden Sonnabend bei Herrn Rürberg, Anklamerstr. 49. Montag bei Holzbacher, Rathenowerstr. 89.

Osten: Jeden Sonnabend bei Herrn Schmidt, Staligerstr. 61, sowie Montag bei Krause, Rätlinerplatz 10.

Süden: Jeden Sonnabend bei Jechlin, Hornstr. 11.

Westen: Sonnabend und Montag bei Herrn Böhlund, Bülowstr. 52.

Geschäftsstunden Abends von 8-10 Uhr. **Maurer Berlins, schließt auch alle der Freien Vereinigung an!**

## Frankfurt a. M.

Allen Freunden und Parteigenossen empfehle ich die „**Berliner Volks-Tribüne**“ und ganz besonders die „**Berliner Arbeiterbibliothek**“.

I. Serie 12 Hefte. Preis pro Heft 15 u. 20 Pf.

1. Heft: Ein sozialistischer Roman. 2. Heft: Die Gewerkschaften, ihr Nutzen und ihre Bedeutung. 3. Heft: Die Arbeiterinnen- und Frauenfrage der Gegenwart. 4. Heft: Der Sozialismus in Frankreich seit der Pariser Kommune. 5. Heft: Charakterköpfe aus der französischen Arbeiterbewegung. 6. Heft: Die Hausindustrie in Deutschland. 7. Heft: Junker und Bauer. 8. Heft: Die wirtschaftlichen Umwälzungen und die Entwicklung der Sozialdemokratie. 9. Heft: Die Marx'sche Werththeorie. 10. Heft: Die Sozialdemokratie und der deutsche Reichstag. 11. Heft: Die soziale Frage auf dem Lande. 12. Heft: Internationale Arbeiterschutzgesetzgebung.

Möchte jeder Genosse dazu beitragen, daß die Bibliothek jeder Arbeiter bekommt, denn unsere Lösung muß sein: immer mehr Licht.

H. Faust, Schäfergasse 15, 4 Tr. Frankfurt a. M.

**Cigarren u. Tabake** reichhaltiges Lager

von [40]

O. Klein.

15. Ritterstraße 15.

Dieselbst Zahlstelle der Cürstler u. Bronceure (G. H. 60).

## Kleider-Bazar

Reichenbergerstr. 149 an der Mantelstr.

empfiehlt Herren-Anzüge von 10-36 Mk., Sommer-Paletots von 12-30 Mk., Hosen von 3-12 Mk., Knaben-Anzüge, Trill-, Wasch- und Turnsch-Jaquets zu sehr billigen Preisen.

Bestellungen nach Maß werden unter Aufsicht unseres Meisters Herrn Ignaz Weiland brillant ausgeführt.